

Anstaltspreise	Einzelnumm	vierteljähr
Argentinien . . . Pes.	0.30	Pes. 3.60
Belgien Frs.	2.-	Frs. 24.-
Bulgarien Lew.	8.-	Lew. 96.-
Danzig Gold.	0.30	Gold. 3.60
Deutschland Mk.	0.25	Mk. 3.-
Eesti m. E.Kr.	0.22	E. Kr. 2.64
Finnland Fmk.	4.-	Fmk. 48.-
Frankreich Frs.	1.50	Frs. 18.-
Großbritannien d.	4.-	sh. 4.-
Holland Old.	0.15	Old. 1.80
Italien Lir.	1.10	Lir. 13.20
Jugoslawien Din.	4.50	Din. 54.-
Lettland Lat.	0.30	Lat. 3.60

Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Bezugspreis im Quartal
(im Ausland Kc 24.-) Kc 18.-

Anstaltspreise	Einzelnumm	vierteljähr
Litauen Lit.	0.55	Lit. 6.60
Luxemburg B. Frs.	2.-	B. Frs. 24.-
Norwegen Kr.	0.35	Kr. 4.20
Oesterreich Sch.	0.40	Sch. 4.80
Palästina Mils	18.-	Mils 216.-
Polen Zloty	0.50	Zloty 6.-
Portugal Esc.	2.-	Esc. 24.-
Rumänien Lei	10.-	Lei 120.-
Saargebiet F. Fr.	1.50	F. Fr. 18.-
Schweden Kr.	0.35	Kr. 4.20
Schweiz Frs.	0.50	Frs. 6.00
Spanien Pes.	0.70	Pes. 8.40
Ungarn Pengö	0.35	Pengö 4.20
USA Dollar	0.08	Dollar 0.96

November=Gelöbnis

Alles für die Revolution!

Die vielen Millionen, die am 9. November 1918 der Republik jubelten, waren gewiß nicht weniger begeistert und nicht weniger zukunftsgläubig als die nicht minder zahlreichen Scharen, die im Zuge der sogenannten „nationalen Revolution“ Adolf Hitler folgten. Aber sie waren ganz anders zusammengesetzt. Was damals vor 15 Jahren auf dem Königsplatz, der später Platz der Republik hieß und jetzt wieder Königsplatz heißt, unter roten Fahnen hin u. her wogte, war die graue Masse des großstädtischen Fabrikarbeiterproletariats. Angehörige der sogenannten „höheren Stände“ war darin selten fielen auf, wie bunte Vögel unter Sperlingen. Wenn heute zu den großen Tagen der „nationalen Revolution“ die glänzend lackierten Autos von allen Seiten herbeisaußen, Prinzen und Prinzessinnen, Generäle und Inhaber phantasievoller Privatuniformen ihnen entsteigen und hurrarufendes „Volk“ aus respektvoller Entfernung die ganz Pracht bestaunen darf, so ist das gewiß ein ganz anderes Bild. Dieses Volk von 1933 ist auch ganz anders zusammengesetzt als das von 1918: es überwiegt der sogenannte „Mittelstand“, der Akademiker, es ist in Kern und Stern Kleinbürgertum und nur im Schweif, den es hinter sich herzieht, Proletariat.

Schon der äußere Vergleich der beiden „Revolutionen“ zeigt, daß hier eine Schlacht im Klassenkampf geschlagen wurde und daß die Arbeiterklasse die Besiegte ist.

Man kann über die Ursachen dieser Niederlage Abhandlungen, Broschüren und dicke Bücher schreiben, und kann in Hunderten von Fällen nachprüfen, ob die Entscheidungen, die getroffen worden sind, richtig oder falsch waren — solche Arbeit ist nützlich und notwendig, gewiß! Aber es bedarf in keiner Weise knifflischer Untersuchungen, um zu erkennen, daß sich die Niederlage der Arbeiterklasse zunächst einmal aus ihrer Uneinigkeit erklärt. Unsere Siegeszuversicht beruhte stets auf der Tatsache, daß das Proletariat eine einheitliche Masse mit einheitlichen Interessen darstellte, der eine buntzusammengewürfelte Menge von sozialen Minderheiten mit den allerverschiedensten Interessen und Zielsetzungen entgegenstand. Jene Menge — vom pensionierten Feldmarschall oder kapitalistischen Großverdiener bis zum kleinsten Ladenbesitzer — vorübergehend zusammenzufassen, das war das Kunststück der nationalsozialistischen Krisenspekulation. Aber was hätte schon dieser große Haufe bedeutet gegenüber einer Arbeiterklasse, die einig gewesen wäre! Sie war es nicht, und so hatte der Feind Gelegenheit, beide Teile gegeneinander auszuspielen. Seine — nur vorübergehend mögliche — Geschlossenheit wurde für ihn ein entscheidender Vorteil.

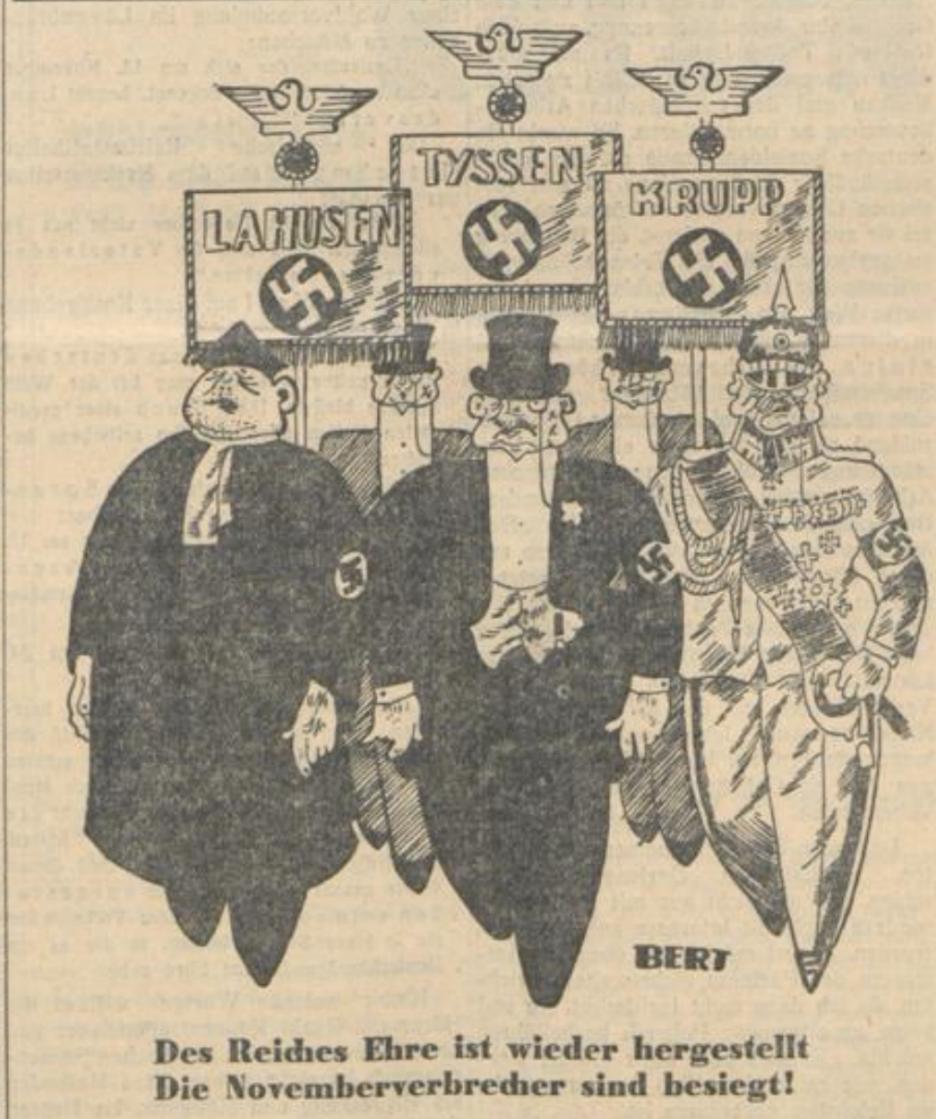
So kam der Feind zur Macht, und seine Macht ist heute unbeschränkt. Sie ist so groß, daß er im inneren Sprachge-

brauch sogar den Worten befehlen kann, welchen Sinn sie haben sollen, und er kann die Kette seiner Schandtaten als eine „Revolution“ bezeichnen, ohne auf Widerspruch zu stoßen. Auch Nicht-Nationalsozialisten, sogar im Ausland, sind diesem Druck erlegen

ausgenutzt gebliebene Möglichkeit, durch kluge und einheitliche Ausnutzung seiner politischen Rechte zur politischen Macht zu gelangen und zum sozialistischen Generalangriff auf das kapitalistische System überzugehen. Das alles waren Revolutionen, große

die Einigkeit und die Tat vorbereitet, und wir haben nur einen brennenden Wunsch auf der Seele: Nicht durch Worte, sondern durch Handlungen dem Feinde zu zeigen, was eine wirkliche Revolution ist.

Alles für diese Revolution — das ist unser Gelöbnis zum neunten November!



Des Reiches Ehre ist wieder hergestellt
Die Novemberverbrecher sind besiegt!

Keine Wahl

Nur Kontrollversammlung der Untertanen

Eine amtliche Veröffentlichung der Reichsregierung teilt triumphierend mit, daß außer dem Reichswahlvorschlag der NSDAP keine weitere Liste eingereicht worden ist. Die Wahl werde sich also zu einer gewaltigen Kundgebung des gesamten Volkswillens gestalten. Ist das schon eine in jeder Beziehung unberechtigte Schlußfolgerung, so ist eine weitere Bemerkung eine bewußte Irreführung der öffentlichen Meinung. So wird gesagt:

„Von keiner Seite ist jedoch der Versuch unternommen worden, die Einheitsfront des deutschen Volkes zu durchbrechen und eine Gegenliste aufzustellen.“

Von einer Einheitsfront des deutschen Volkes kann gar keine Rede sein. Durch Terror und Gewalt läßt sich zwar jede andere Meinung als die des herrschenden Regimes unterdrücken. Niemals aber wird dadurch eine Einheitsfront des Volkes hergestellt. Durch Gesetz vom 14. Juli ist die Neugründung von politischen Parteien bei Zuchthausstrafe verboten. Mit drakonischen Strafen wird jede Zuwiderhandlung, ja schon jede Zusammenkunft mehrerer Personen unterdrückt. Die Aufstellung einer Liste zur Reichstagswahl, für die 60.000 Unterschriften erforderlich sind, ist daher schon durch das Gesetz unmöglich gemacht. Daß die Nazis trotzdem über diesen Scheinerfolg triumphieren, zeigt, daß ihnen wirkliche Erfolge fehlen.

Am 12. November findet in Deutschland keine Wahl statt, sondern durch ein Kommando werden die Wähler zur Wahlurne befohlen und jeder, der nicht gehorcht, wird mit brutalster Verfolgung bedroht. Trotzdem werden sich aufrechte Männer und Frauen das Recht nicht nehmen lassen, bei der Reichstagswahl den Stimmzettel ungültig zu machen und bei der Volksabstimmung Hitler ihr „Nein“ entgegenzuschleudern.

Blinde marschieren...

„Der Montag“ (Berlin, 30. Oktober), läßt sich aus Essen melden:

Nach der Kundgebung am Sonnabend in den Essener Ausstellungshallen begab sich Ministerpräsident Göring zum Städtischen Saalbau, wo eine Spelung von 1000 bedürftigen Volksgenossen stattfand. . . . Erschütternd wirkte der Einmarsch einer Gruppe von Blinden.

Dieser „Einmarsch“ mußte in der Tat erschüttern — er war ein deutsches Symbol.

oder von dieser Seuche angesteckt worden, und sie reden von einer „nationalen Revolution“.

Wie denn? Gehört es nicht zum Wesen einer Revolution, daß durch sie etwas, was dem Volke und der Menschheit wertvoll ist, vorwärts gebracht wird? Und was hat die Hitlerei sonst vorwärts gebracht als die Dummheit, den Stumpsinn, den Aberglauben, die Gewalttätigkeit, die Barbarei in jeglicher Gestalt? Die englischen Revolutionen des 17. Jahrhunderts waren Durchbruchschlachten des Bürgerrechts und des Parlaments. Die große französische Revolution proklamierte die Menschenrechte, die von 1848 das allgemeine gleiche Wahlrecht und die Souveränität des Volkes. Die November-Revolution von 1918 schuf aus zwei Dutzend Gottesgnadentümern die demokratische Republik, das moderne Arbeitsrecht, die Demokratie in der Gemeinde, sie gab dem Proletariat die un-

und kleine, heroische und unblutige, aber allen ist ein gemeinsamer Zug eigen, sie alle weisen und reißen nach vorne. Solange in Deutschland Worte noch einen Sinn hatten, war es unmöglich, Bewegungen, die nach dem Mittelalter, dem Absolutismus, den brutalsten Formen der Klassenherrschaft tendierten, als „Revolutionen“ zu bezeichnen. Erst seit durch den totalen Staat der totale Unsinn regiert, konnte befohlen werden, von einer nationalen Revolution zu reden.

Eine exzellente Revolution, fürwahr! Revolution der Exzellenzen!

Wir anderen sehen dieses schmutzige Schauspiel mit Hohn auf den Lippen, Haß und Wut im Herzen, denken an die verspielte Novemberrevolution, die verlorene Freiheit, wissen, daß Streit um Worte und Haarspalterei zwecklos ist, daß überhaupt alles Gerede und Geschreibe zwecklos bleibt, wenn es nicht

Verpaßte Gelegenheiten

Von Friedrich Stampfer.

Im Prozeß um den Reichstagsbrand hat der Kommunist Dr. Neubauer als Zeuge über Unterredungen ausgesagt, die ich im Laufe der letzten Monate vor dem Staatsstreich mit Mitgliedern der Sowjetrussischen Botschaft in Berlin geführt habe. Diese Unterredungen waren vertraulich, ich würde darum in der Öffentlichkeit nicht auf sie zurückgekommen sein, wenn sie nicht schon im Gerichtssaal erwähnt worden wären. Neubauer hat auch mitgeteilt, daß er und Torgler die Absicht hatten, sich am Vormittag des Dienstag, den 28. Februar, im Reichstag mit mir zu treffen, und ich kann nur bestätigen, daß diese Besprechung wirklich geplant war. Sie konnte nicht mehr stattfinden, weil in der Nacht zuvor Reichstagsbrand und Staatsstreich das vorläufige Ende der deutschen Arbeiterbewegung und damit auch unserer persönlichen Bewegungsfreiheit herbeiführten.

Zweifelloso hatte Torgler am Montagmorgen die Absicht, sich mit Neubauer und mir am Dienstagvormittag im Reichstag zu treffen. Daß er zum Zweck dieser Besprechung zunächst einmal am Montagabend den Reichstag anzündete und sich dann freiwillig in das Polizeipräsidium begab, wird wahrscheinlich in den Augen des Oberreichsanwalts ein neuer Beweis seiner verbrecherischen Tücke sein. Andere Leute haben auch ohnedies schon längst bemerkt, daß die ganze Anklage ein Unsinn ist.

Kann ich also die entlastende Aussage Neubauers nur bestätigen, so bleibt doch neben der prozessualen Seite der Angelegenheit noch die politische. Ich möchte auch auf diesem Gebiete nicht mit Neubauer polemisieren, weil ich seine Aussage nur aus wenig zuverlässigen Zeitungsberichten kenne und weil er gefangen sitzt und mir nicht antworten kann. Nach den Berichten scheint es, daß Neubauer über die erwähnten Unterhaltungen falsch unterrichtet war, und das ist kein Wunder, da weder er, noch ein anderer deutscher Kommunist an ihnen teilgenommen hatte.

Selbstverständlich habe ich niemals verlangt, daß die sowjetrussische Regierung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands oder der deutschen Arbeiterbewegung eingreifen solle. Es ging mir um etwas anderes.

Seit langem stand für mich fest, daß es nur ein Mittel gab, den Sieg des Faschismus in Deutschland zu verhindern: es mußte mit der Zerrissenheit der deutschen Arbeiterbewegung ein Ende gemacht werden. Um eine völlige Einigung herbeizuführen, dazu waren die Gegensätze viel zu stark. Aber vielleicht genügte es schon zur Rettung, wenn die selbstmörderische Taktik des gegenseitigen Sichbekämpfens zunächst einmal aufgegeben wurde, wenn man wenigstens so weit kam, sich bei Wahrung aller prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten über die beiderseitigen Maßnahmen zur Bekämpfung der gemeinsamen Gefahren zu verständigen.

Auch soweit konnte man nicht kommen, wenn Moskau dagegen war. Es war notwendig, Moskau davon zu überzeugen, daß die Deutsche Sozialdemokratie keine feindselige Politik gegen die Sowjetunion betrieb und daß eine gewisse Verständigung notwendig sei, wenn nicht die deutsche Arbeiterbewegung und besonders auch die SPD, dem furchtbarsten Schicksal entgegengehen sollten.

Längst hatte der von mir geleitete „Vorwärts“ alle Angriffe auf Sowjetrußland eingestellt. In der Polemik gegen die KPD, beschränkte er sich auf die Abwehr gegnerischer Beschuldigungen, von denen zu befürchten war, daß sie, unerwidert gelassen, auf die Arbeiter einen ungünstigen Eindruck machen müßten. Die meisten Angriffe der kommunistischen Presse nahm er stillschweigend hin. Er unterließ es aber auch nicht, den Opfermut und den Idealismus der kommunistischen Arbeiter zu rühmen und bei jeder Gelegenheit auf die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens gegen den gemeinsamen Feind hinzuweisen.

Nach solcher publizistischer Vorarbeit nahm ich im Herbst vergangenen Jahres mit der russischen Botschaft Fühlung. Niemals habe ich — wie Neubauer zu glauben scheint — von ihr oder einem ihrer Mitglieder verlangt, daß sie sich

Sie waren immer hinter dem Graben! Weit weg von Giftgas und Pulverdampf, weit weg vom blutigen Wahnsinnskrampf des Krieges ließen sie ihre Gaben im Kreise der Schranzen herrlich erstrahlen — nur wenn es galt, mit Siegen zu prahlen, dann waren sie nicht in Charlesville, dann waren sie nicht in Doorn, dann waren sie vorn, ganz vorn!

Sie ließen andre für sich verrecken — immer feste druff für Weib und Kind — doch damals im rauhen Novemberwind verschwanden sie nach entlegensten Ecken. Nicht einer blieb an der Spitze der Truppen, sie liefen davon, die entthronten Puppen, und warfen im Fliehen die Flinten ins Korn. Da waren sie wieder vorn, ganz vorn!

irgendwie in deutsche Verhältnisse einmischen solle. Es kam mir bei diesen Gesprächen nur darauf an, unterrichtet zu werden und selber zu unterrichten. Ob der Boden für eine Annäherung geebnet werden konnte und wie er geebnet werden konnte, das wollte ich wissen.

Ich glaube nicht, daß für die deutschen Kommunisten ein Grund besteht, mir daraus einen Vorwurf zu machen.

Bei jenen Unterhaltungen setzte ich immer wieder auseinander, daß das Verhältnis zwischen Sowjetrußland und den Parteien der Sozialistischen Arbeiter-Internationale ganz unsinnig sei. Während Sowjetrußland zu kapitalistischen Mächten korrekte, ja freundliche Beziehungen unterhalte, bestehe zwischen ihm und dem Großteil der Arbeiterbewegung außerhalb Rußlands Todfeindschaft. Es sei unbedingt notwendig, das Verhältnis zwischen Moskau und der europäischen Arbeiterbewegung zu normalisieren. So wenig die deutsche Sozialdemokratie auf das Recht selbständiger Stellungnahme zu den russischen Dingen verzichten könne, so weit sei sie auch davon entfernt, die Bedeutung zu verkennen, die die Tatsache Sowjetrußlands für die Arbeiterklasse und die ganze Welt des Sozialismus besitzt. Eine in diesem Sinne positiv gerichtete und einige Arbeiterbewegung könnte für Sowjetrußland viel nützlicher sein als eine gespaltene und zerrissene. Sowjetrußland sei also an einer ehrlichen Verständigung zwischen den sozialistischen Arbeiterparteien Europas und besonders Deutschlands interessiert. Bloße „Einheitsfrontmanöver“ mit dem Ziel, den anderen öffentlich ins Unrecht zu setzen, nutzten nicht, sondern schaden nur. Um dem Verdacht zu entgehen, ich selber hätte nur solche Manöver im Sinne, hätte ich auf alle öffentlichen Angebote und Verhandlungen mit der KPD, verzichtet. Nicht eher wollte ich an solche Verhandlungen denken, als bis die Voraussetzungen für ein Gelingen einigermaßen gesichert seien.

Das war der Sinn meiner wiederholten, ausführlichen Darlegungen. Mir schien, daß sie nicht nur mit Höflichkeit, sondern auch mit Interesse aufgenommen wurden. Sonst möchte ich über die Antworten des Partners nicht weiter berichten, da ich dazu nicht legitimiert bin und keine unzeitgemäße Polemik herbeiführen möchte. Es muß aber noch erklärt werden, wie es zu dem Plan der Aussprache im Reichstag gekommen ist.

Die letzte der Unterhaltungen der vorerwähnten Art hatte ich einige Tage vor dem Reichstagsbrand. In ihr wurde mir in unzweideutiger Weise zu verstehen gegeben, daß Moskau mit dem Faschismus in Deutschland als einem unvermeidlichen Entwicklungs- und Uebergangsstadium rechne und daß ich darum von dort her — wenigstens zur Zeit — kein Verständnis für meine Gedankengänge zu erwarten hätte.

Es ist selbstverständlich, daß ich einige meiner nächsten Freunde, von diesem Gespräch und seinem für mich höchst unbefriedigenden Ausgang unterrichtete.

Auf einem mir unbekanntem Wege erfuhr die Führer der KPD, davon. Zu meiner großen Ueberraschung ließ mir Dr. Neubauer am Vormittag des Montag, den 27. Februar, mitteilen, daß die Schlüsse, die ich aus jener Unterredung gezogen hätte, irrig seien und daß er und seine Freunde den Wunsch hätten, sich mit mir über denselben Gegenstand zu unterhalten. Zu dieser Unterhaltung erklärte ich mich bereit, und man kam dahin

Kaisersöhne

Jetzt wird das Volk aufs neue betrogen, aufs neue ins eiserne Joch gespannt, in Zuchthäuser und Kasernen gebannt, durch Blut, Verzweiflung und Dreck gezogen. Gleich sind die Ausreißer wiedergekommen und haben im Ehrenstuhl platzgenommen. Jetzt blasen sie mit ins Hakenkreuzhorn, jetzt sind sie wieder vorn, ganz vorn.

Und ein neuer November wird blutrot tagen, der Wind wird wilder und schärfer wehn, dann werden sie wieder beiseitestehn und seidene Unschuldsgewänder tragen. Doch wenn die Novemberfluten schwellen, werden sie mit dem Boot zerschellen. Diesmal führt kein Weg ins Ausland, diesmal führt kein Weg nach Doorn. diesmal heißt es: mitgehangen! Wer schuldig ist, bleibt vorn! Peter Paul.

überein, daß sie am Dienstag, dem 28. Februar, im Reichstag stattfinden sollte.

Lubbe und seine Drahtzieher haben es anders gewollt...

Es hat keinen Zweck, heute darüber zu phantasieren, wie sich die Dinge entwickelt hätten, wenn der Graben zwischen den beiden deutschen Arbeiterparteien

weniger breit gewesen wäre und wenn es gelungen wäre, ihn rechtzeitig zu überbrücken. Niemand kann daran zweifeln, daß es bis jetzt im Kampf zwischen SPD und KPD, nur einen Sieger gegeben hat, nämlich die kapitalistische Reaktion in ihrer konzentriertesten Form.

Ich meine aber, daß man in den Ländern, in denen es noch nicht so weit ist, und auch für Deutschlands Zukunft aus den furchtbaren Erfahrungen der Vergangenheit die notwendigen Lehren entnehmen soll. Der Verlust der demokratischen Freiheitsrechte ist für die Arbeiterklasse eine Katastrophe: wo diese Rechte noch bestehen, müssen sich alle Arbeiter zu ihrer Verteidigung zusammenschließen. Was aber besonders Deutschland betrifft, so hat der alte Streit um die Rolle der Gewalt im Kampfe um die Macht unter den gegenwärtigen Umständen jede Bedeutung verloren. Der alte Hader hat nun gar keinen Sinn mehr. Ich widerstehe daher der Versuchung, ihn aus Anlaß dieser notwendig gewordenen Erinnerungen von neuem zu beginnen.



Die große Komödie

Freies Wahlrecht!

Justizminister Dr. Frank II auf einer Wahlversammlung im Löwenbräukeller zu München:

„Derjenige, der sich am 12. November nicht zu Adolf Hitler bekennt, begeht Landesverrat.“

Der sächsische Reichsstatthalter Mutschmann auf dem Kreisparteitag der NSDAP:

„Wer am 12. November nicht mit Ja stimmt, der muß sich als Vaterlandsverräter betrachten.“

Gauleiter Wahl auf einer Kundgebung in Sonthofen:

„Wer als Verräter am deutschen Volk gelten will, der mag bei der Wahl zuhause bleiben. Der Fluch einer gepeinigten Nation aber soll ihn zeitlebens begleiten.“

Der hessische Reichsstatthalter Sprenger in einer Rede am 22. Oktober:

„In der Nation sei geächtet, wer am 12. November seine Pflicht nicht tut, ausgestoßen soll er sein aus der Gemeinschaft des deutschen Volkes.“

Prinz August Wilhelm am 24. Oktober in Köln:

„Kein Zweifel könne mehr darüber herrschen, daß die erdrückende Mehrzahl des Volkes ihm folgen werde, aber wir müßten uns auch bewußt sein, daß es noch Menschen in Deutschland gäbe, die vielleicht die verbrecherische Absicht hätten, ihre Pflicht nicht zu erfüllen. Und diesen müßte gesagt werden, daß sie ausgestoßen sein sollten aus dem Volke, wenn sie in jener Stunde fehlten, in der es um Deutschland und seine Ehre gehe.“

Hinter solchen Worten wittern die Hörer mit Recht Konzentrationslager und braune Verfolgung. Im juristischen Sprachgebrauch bezeichnet man diese Methoden als Erpressung und Nötigung, im Dritten Reich heißt „Propaganda“.

Angetreten zum Jasagen!

In Schwaig, einer großen Arbeitergemeinde bei Nürnberg, wurde allen Einwohnern folgender Gestellungsbefehl ins Haus gebracht:

An die

Gesamtbevölkerung von Schwaig!

Am Freitag dem 27. Oktober 1933, abends 8 Uhr versammelt sich die

Gesamteinwohnerschaft von Schwaig im Bahnhofsraum um den Vortrag des

Pg. Roth, Altdorf

über:

„Deutschlands Kampf um Ehre, Friede und Gleichberechtigung“

anzuhören.

Wir machen darauf aufmerksam, daß der Besuch der Wahlveranstaltungen als Maßstab für die politische Einstellung unserer Bevölkerung gewertet wird.

Jeder Deutsche der glaubt, mit „Nein“ stimmen zu müssen, ist ein Volksverräter und erkennt sich selbst das Staatsbürgerrecht ab. Darum zeigt uns durch den Besuch der Wahlveranstaltung an, wo die Außenseiter sich befinden.

NSDAP, Ortsgruppe Schwaig Kiesel

stellvert. Ortsgruppenleiter.

Wir geben dieses Schriftstück im Wortlaut wieder, nicht weil es außerordentlich, sondern weil es typisch ist. Es entspricht vollständig den von oben her gegebenen Weisungen.



Engelbert Graf lebt!

Die Nachricht von der Ermordung Engelbert Grafs, die wir in Nr. 15 dieses Blattes mit Vorbehalt registrierten, bestätigt sich glücklicherweise nicht. Wir verbinden diese erfreuliche Mitteilung mit der dringenden Bitte an alle Freunde und Mitarbeiter, bei der Sammlung und Weitergabe von Nachrichten mit der größten kritischen Sorgfalt zu verfahren. Grundsatz des „Neuen Vorwärts“ ist, durch Zuverlässigkeit der Berichterstattung Vertrauen zu erwerben. Er will über das, was in Deutschland vorgeht, die Wahrheit sagen. Dabei bittet er alle seine Freunde um Unterstützung.

Marxisten keine Aufträge!

Der Rat der Stadt Zittau i. S. hat beschlossen, daß Geschäften, deren Inhaber Mitglieder des Reichsbanners, der SPD, oder sonst staatsfeindlicher Organisationen gewesen sind, städtische Aufträge nicht mehr erteilt werden.

Beide vernichtet!

Ministerpräsident Göring auf einer Wahlkundgebung in Kiel:

Wir haben keine Brücken geschlagen zwischen Bürgertum und Proletariat, wir haben beide vernichtet, um ein neues Volk entstehen zu lassen.

Berlin wird niemals braun!

Aus Betrieben und Stempelstellen

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Wie geht es jetzt in den Berliner Betrieben zu? Wie verhält sich die Masse der Arbeiter und Angestellten zu dem neuen System? Auf diese Frage läßt sich heute nur schwer eine ausführliche Antwort geben. Daß die Hurrastimmung, die in der ersten Zeit der sogenannten Nationalen Revolution einen Teil der Bevölkerung beherrschte, jetzt so gut wie völlig verschwunden ist, ist allgemein bekannt. Auffällig ist auch das völlig veränderte Bild der Stadt und die Kirchhofsruhe, die besonders über den Arbeiterviertel liegt. Wo sonst in den Abendstunden Kinder spielten, Männer und Frauen spazieren gingen, sich laut miteinander unterhielten, oft auch scherzten, Händler ihre Waren anboten usw., ist es jetzt still wie im Dorf zur Kirchzeit. Die Leute sind daheim in ihren Wohnungen und wagen auch dort kaum noch laut zu sprechen.

Das ist der allgemeine Eindruck. Aber wie geht es in den Betrieben zu? Wie sieht es in den Organisationen aus, die sich früher die freien Gewerkschaften nannten und die jetzt als Deutsche Arbeitsfront unter dem Kommando der Unternehmersyndikats marschieren? Darüber ist schwer, genaueres zu erfahren. Aber es soll jedoch versucht werden, einigermaßen in die Dinge hineinzuleuchten.

In den Betrieben ist von offenem Widerstand kaum etwas zu bemerken, dagegen macht sich eine gewisse passive Resistenz bemerkbar. So gab es neulich in einem der größten städtischen Betriebe Berlins ein ungeheures Toben der NSBO, weil man

in den Sammelbüchsen der Winterhilfe in großen Massen Knöpfe und eiserne Zehnpfennigstücke

aus der Inflationszeit fand. Von der Belegschaft wurden die Wutausbrüche der Enttäuschten mit stiller Schadenfreude aufgenommen.

Ähnliche Zwischenfälle gibt es mehr. Mit Kriegsgeld wird garadezu ein schwunghafter Handel getrieben und dabei werden die eiserne Zehnpfennigstücke stark bevorzugt, weil sie beim Hinunterfallen in den Klinglebeutel dasselbe Geräusch machen wie gutes Geld. Man muß das als einen Protest auffassen gegen die vielen Abzüge, die eine allgemeine Mißstimmung hervorgerufen haben.

In der Bewag Klingenberg ist man dazu übergegangen, nach dem Muster der patriarchalischen Scharfmacher der Kaiserzeit einen Werkverein zu gründen, der Sport, Musik, Gesang, Photokunst und sogar Literatur — man kann sich denken, was für eine — betreiben soll. Der Beltritt zum Werkverein wird als „selbstverständliche Pflicht“ bezeichnet, das genügt, daß jeder versteht, was gemeint ist. Monatsbeitrag 1 Mark. Trotz der unverkennbaren Drohung in der Einladung erfolgen die Anmeldungen nur äußerst schleppend.

Ähnlich sieht es auch bei Siemens aus. Hier spricht man von starken Differenzen zwischen der Direktion und der NSBO. Eine große Betriebsversammlung wurde mit dem üblichen Klöbim aufgemacht, Tagesordnung: Winterhilfe. Nachdem der Referent die Notwendigkeit, einen Stundenlohn abzuführen, begründet hatte, wurde abgestimmt. Zur Überraschung der Versammlungsleitung stimmten nur ganz wenige Anwesende für den Antrag. Das hinderte natürlich nicht, daß er für angenommen erklärt wurde und jetzt als Beschluß durchgeführt wird. Die Lehrlinge müssen jetzt vor Arbeitsbeginn unter dem Bilde des „Führers“ zu einem sogenannten Fahnenappell antreten. Nachher heißt es:

„Weggetreten zur Arbeit!“

Bei der A. E. G. Treptow verlangte ein SA-Belegschaftsmitglied die Herabsetzung der Fließbandproduktion von 200 Radioapparaten auf 120 täglich. Die SA-Kolonnen wandte sich, als keine Aenderung eintrat, an die Arbeitsfront mit der Beschwerde, es werde zuviel gearbeitet. Die Arbeitsfront sagte eine Prüfung der Frage zu. Als aber die SA mit 65 statt mit den versprochenen 75 Pfennigen entlohnt wurde, kam es zu Widerstandskundgebungen. Der Betriebsrat lehnte ein Eingreifen ab, darauf

streikte die SA-Belegschaft eine halbe Stunde.

Ein der NS. angehöriger Meister griff ein mit der Erklärung: „Wer nicht sofort die Arbeit aufnimmt, fliegt!“ Daraufhin wurde die Arbeit aufgenommen, eine Delegation wurde zur Betriebsleitung geschickt und ihre Forderung wurde angenommen.

Viel besprochen werden die Vorgänge in einem großen Kaufhaus in Neukölln. Das Haus hat, wie alle Unternehmungen ähnlicher Art,

stark unter Boykott und Rückgang des Umsatzes zu leiden. Mit Genehmigung der zuständigen NSDAP-Instanz erließ die Firma Rundschreiben an alle früheren Kunden und unterstrich diese Werbung durch Kundschaftbesuche, die von den Angestellten freiwillig übernommen wurden. Darüber beschwerten sich die Konkurrenzhäuser bei der Arbeitsfront, die nun wiederum mit der NSDAP-Instanz in Konflikt geriet. Die Arbeitsfront forderte den Betriebsrat zu energischerem Vorgehen gegen die jüdische Geschäftsleitung auf. Da die Geschäftsleitung einize christliche Angestellte entlassen will, protestiert der Betriebsrat und verlangt erst die

Entfernung der jüdischen Angestellten.

Schließlich übernehmen die Angestellten freiwillig eine Gehaltskürzung, um Entlassungen zu vermeiden.

An den Arbeitsnachweisen und Stempelstellen hat die Gesprächigkeit, die früher dort herrschte, so gut wie aufgehört. Das gilt ganz besonders von Gesprächen

früher der Vorstand des ADGB. sich mit dem einen Auto der Arbeiterbank behilf, verfügt jetzt allein die Spitze der Arbeitsfront über

13 neue Autos.

Vor den geraubten Gewerkschaftshäusern stehen die neu angeschafften Luxuswagen der neuen Verbandsleitung.

Die Unzufriedenheit über solche Erscheinungen läßt sich kaum verbergen. Angeblich reicht sie bis in die NSBO. Man spricht viel von einer Denkschrift dieser Körperschaft, in der das herrschende Regime davor gewarnt wird, die Gewaltmethoden des Staatsapparates auf die Betriebe zu übertragen und gegen die Arbeiter mit Zwangsmaßnahmen vorzugehen.

Der Marxismus sei nur zum Schein überwunden

und die bisherigen Methoden würden sehr bald zu seinem Wiedererstarken führen. Die NSBO. schlägt vor, die Arbeiter mit neuen Methoden zu gewinnen. Diese Methoden sollen vor allem in der Gründung von Werkvereinen und Ka-

am sichersten fühlen. Dabel kommt die Enttäuschung über ihre „verlorene Revolution“ nicht selten in recht drastischer Weise zum Ausdruck. In der großen Masse der Arbeitenden ist die Stimmung stark gedrückt, aber die Hoffnung auf eine rasche Wendung zum Besseren ist keineswegs erloschen. Viele tragen den entsetzlichen Druck nur deshalb mit Geduld, weil sie fest davon überzeugt sind, daß ein solcher irrsinniger Zustand nicht mehr lange dauern kann.

Das Heer der sozialistischen Revolution schläft nicht. Massen sind vorhanden, in denen der alte Geist weiterlebt. Wenn die Stunde schlägt, werden sie da sein!

Kommandierte Begeisterung

Wer die Berichte der reichsdeutschen Presse liest, könnte glauben, daß die Millionen des Volkes begeistert hinter der Hakenkreuzfahne herlaufen. Doch wie diese „Begeisterung“ gemacht wird, zeigt mit unübertrefflicher Deutlichkeit der „Befehl“ des Beauftragten der NSBO. für den Deutschen Metallarbeiterverband, den Christlichen Metallarbeiterverband und den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, Egon Mathiesen in Erfurt, der die Arbeiter in den Betrieben in folgender Weise zu einer Nazimanifestation kommandierte:

„Ich erwarte, daß jeder Arbeiter, der in den genannten Gewerkschaften organisiert ist, sich unbedingt an dem Aufmarsch beteiligt, andernfalls er gewärtig sein kann, aus dem Betrieb entfernt zu werden, weil er sich offen gegen die Massenkundgebung stellt.“

Es sind jedoch nicht die Arbeiter allein, die auf diese Weise unter schärfsten Drohungen zu den offiziellen Kundgebungen kommandiert werden. Selbst die stärkste Stütze der Nazi-herrschaft, die Studentenschaft, beginnt unzuverlässig zu werden. Man lese folgende Drohung des Leiters der Fachschaftsarbeit und des Amtes für Wissenschaft der Berliner Universität, Schumann, in Nr. 13 der Berliner Hochschulzeitung:

„Von der zwangsmäßigen politischen Erziehung (lies: Nazisierung) wurden im vergangenen Semester 4000 Studenten im ersten bis dritten Semester erfaßt... Leider ist festzustellen, daß ein großer Teil derselben sich gegen unsere Weltanschauung ablehnend verhält. Sollten diese, trotz unserer eifrigen erzieherischen Tätigkeit, ihre Einstellung nicht bald ändern, so werden wir gezwungen sein, mit den schärfsten uns zur Verfügung stehenden Mitteln gegen sie vorzugehen.“

Herr Göbbels hat seinerzeit verkündet, daß die NSDAP. es sich zur vornehmsten Aufgabe stelle, die „Seele des Volkes“ für die nationalsozialistische Weltanschauung zu gewinnen. Man sieht, welche angenehmen Mittel hierbei angewendet werden.

Ein Verbot

Die „Sopade-Informationen“, eine für die Presse bestimmte Korrespondenz des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Prag, sind von der Geheimen Staatspolizei verboten worden. Die Verbreitung dieser Korrespondenz in Deutschland wird damit aber nicht unterbunden.

Im Kindergarten

Aus Beuthen in Oberschlesien wird uns folgendes Erlebnis mitgeteilt: In einem Kindergarten singen die Kinder zu einem Reigenpiel folgendes Verschen:

Kommt, und reicht die Hände Euch, ob arm oder reich,
wenn das Herz nur deutsch ist, sind wir alle gleich. (Neudeutscher Reim!)

Die Kinder reichen sich die Hände, aber das Kind eines Beamten weigert sich, ihrer Spielkameradin die Hand zu geben mit der Begründung, daß es einem Judenkind die Hand nicht reichen wolle.

Wenn in diesem Kindergarten Tiere personifiziert werden sollen, so müssen die Judenkinder stets das Schwein oder irgendein verächtliches Tier spielen.

Was wird aus diesen seelisch vergifteten Kindern, wenn der Nazibarbarismus noch lange anhält?

In Kürze erscheint:

VOLK IN KETTEN

DEUTSCHLANDS WEG INS CHAOS
VON MAX KLINGER

Dies Buch enthält auf ca. 120 Seiten eine historisch-kritische Darstellung des nationalsozialistischen Staatsstreichs in Deutschland, seiner Geschichte und seiner Technik.

Es ist in seiner sorgfältigen, objektiven Darstellung eine furchtbare Anklage gegen das System Hitler.

Die offiziellen Lügen des Hitlerfaschismus werden schonungslos zerstört. Die Stimme der geschichtlichen Wahrheit erhebt sich gegen das nationalsozialistische Verbrechen, anklagend und erschütternd zugleich.

„Volk in Ketten“ wird in vier Ausgaben: deutsch, englisch, französisch und holländisch erscheinen. Vorausbestellungen vom Verlag Graphia, Karlsbad.

über politische Themen. Nur unter ganz Vertrauen werden die Köpfe zusammengesteckt. Als unlängst die Mietsbeihilfen nicht ausgezahlt wurden, gab es

an verschiedenen Aemtern heftige Auseinandersetzungen

unter Führung von Nazis und SA-Leuten. Die neuen SA-Beamten warfen aber teilweise die Protestierenden eigenhändig hinaus. Häufig kommen Konflikte bei der Vermittlung von Nazis vor, die Stellen wegen zu geringer Bezahlung nicht annehmen wollen. Solche Streitigkeiten enden mitunter auch mit Abschied zur Polizei oder gar ins Konzentrationslager. Ueber die Zuteilung in Arbeitslager wird sehr geschimpft: „Dort zerreißt man mehr Lumpen, als man Geld verdient, kann man vor Nazis hören, die in Uniform vor den Nachweisen stehen.“

In den Organisationen der sogenannten Deutschen Arbeitsfront versuchen die Nazis die Zwangsorganisation der Arbeiter zu forcieren. Sie haben damit eine Mitgliederzunahme von etwa 40 Prozent erreicht. Aber mit welchen Mitteln? Die Propaganda erklärt, daß von der Mitgliedschaft der Deutschen Arbeitsfront vielleicht die künftige Staatsangehörigkeit abhängt.

Arbeiter könne aber nur der sein, der auch Staatsbürger ist.

In der Leitung macht sich schrankenloses Strebertum, Gewinnsucht und Korruption bemerkbar. Ueberall wurden die Angestelltenkörper sehr verstärkt, zum Teil verdoppelt. Zum Beispiel stieg die Zahl der Angestellten bei der Baugewerkschaft von 100 auf 170, bei der Angestelltenorganisation beträgt sie 40 Prozent. Zugleich trat eine bedeutende Erhöhung der Spitzgehälter ein. Und während

meradschaften dienen, die dem italienischen Muster nachgebildet sind.

Tatsächlich sind auch die Betriebsversammlungen und scheinengewerkschaftlichen Veranstaltungen nur dann stark besucht, wenn der entsprechende Druck dahinter gesetzt wird. So war eine Versammlung in der Bockbrauerei, zu der alle Holzarbeiter Berlins aufgerufen wurden, nur von wenigen 100 Personen besucht. Darob gab es großes Entsetzen. Nun wurde eine Versammlung im Sportpalast angesetzt, für die in den Betrieben unter Druck Eintrittskarten verkauft wurden. Nun endlich bekam man den Sportpalast voll. Durch solche Erfahrungen gewitzigt, veranstaltete man eine Bauarbeiterversammlung, bei der

ein jeder auf den Kontrollabschnitt der Einlaßkarte seinen Namen schreiben mußte.

Bei diesem System muß man schon ein Selbstmörder sein, wenn man dabei bleibt, sich zu drücken.

In einer Gärtnerversammlung verhielten sich die Teilnehmer gegen den Referenten sehr ablehnend. Bei einem Nachruf auf einen gestorbenen früheren Verbandsleiter erhob sich aber alles sofort von den Plätzen. Eine NSBO-Versammlung des 5. Kreises wurde zur vollkommenen Pleite, weil erst um 1/10 Uhr abends der angekündigte Redner erschien. Das Geschimpfe über die verbummelte Zeit war allgemein. In einer Versammlung des Holzarbeiterverbandes wurde sogar unter großem Krach

die Wiederinsetzung der alten Verbandsleitung verlangt.

Solche Akte der offenen Auflehnung sind jedoch ziemlich selten. Im allgemeinen sind es eher die Nazis, die hin und wieder eine Lippe riskieren, weil sie sich verhältnismäßig noch

Hunger, Hymnen und Gewehre

Neudeutsche Jugendpflege

Die alten Ägypter formten die Köpfe der Neugeborenen um, preßten und massierten sie, bis sich die Schädeldecke unnatürlich in die Höhe wölbte, die Chinesen verkrüppelten die Füße der kleinen Mädchen. Die Jugendbildner des Dritten Reiches tun Schlimmeres: sie verkrüppeln und verbiegen den Geist der heranwachsenden Jugend, sie wenden alle denkbaren Gewaltmittel an, ihn am natürlichen Wachstum zu hindern.

Es ist bekannt, wie es in deutschen Schulen und Lehranstalten zugeht, es ist bekannt, daß der Geschichtsunterricht in den jungen Köpfen ein schiefes, verzerrtes Weltbild erzeugt, es ist bekannt, daß nachdenkliche Fragen der Kinder teils streng geahndet, teils unter Heil-Rufen erstickt werden, daß des kriegerischen Exerzierens schon in den Hosenmatzklassen kein Ende ist. Und es gibt kein Mittel, die Kinder demokratischer und sozialistischer Eltern von diesem Prokrustesbett zu lösen, vor allem dann nicht, wenn die Eltern arm, auf Erlaß des Schulgeldes, auf Verbilligung der Lehrmittel angewiesen sind.

In vielen deutschen Orten werden aus den Schulionds bereits beträchtliche Gelder an die Hitlerjugend abgeführt, bald wird wieder dieser Brauch allgemein sein. Das heißt: Kinder, die nicht der Hitler-Jugend angehören, werden nicht nur in verletzender Art geistig zurückgesetzt, sie werden auch nach und nach von den Vergünstigungen ausgeschlossen, die minderbemittelten Schülern bisher aus dem Schulfonds gewährt wurden. Viele Arbeitereltern sind so vor die Wahl gestellt, ihre Kinder ohne Lehrmittel, ohne Schulspeisung zu lassen oder sie den üblen Verbilligungsmethoden nationalsozialistischer „Jugendführer“ preiszugeben. Daß die Schar dieser „Jugendführer“ in erschreckendem Maße homosexuell verwehrt ist, gilt als offenes Geheimnis. In Plön (Holstein) wurde soeben eine neugegründete nationalpolitische Erziehungsanstalt für Knaben — auf den Namen des Stabschefs Ernst Röhm getauft, auf den Namen also eines zynischen Knabenschänders.

Dazu überschwemmt der Strom nationalsozialistischer Jugend-Schundliteratur den deutschen Büchermarkt so bedrohlich, daß unlängst sogar die Hakenkreuzregierung alle Jugendbibliotheken vor wahllosem Ankauf warnte. Dies „schelnationalsozialistische Schrifttum“ werde in besonderem Maße von gewissen Jugendschriftverlagen herausgegeben, die noch im vorigen Jahre fast ausschließlich mit Kriminalromanen auftraten. Was hilft die Warnung? Die Verlage werden es schon verstehen, ihr Gift an den Mann — oder vielmehr an's Kind zu bringen! Sie verlassen sich auf die Hochkonjunktur in nationalen Kitschartikeln — und haben recht. Denn die offiziell anerkannten und belobigten Nazi-Jugendbücher unterscheiden sich von den Groschengreueln bestenfalls durch den Einband — der blutrünstige Geist ist der gleiche.

Der heranwachsenden Jugend ergeht es nicht besser als der Schuljugend. — Auch hier eine einrige Bemühung, den jungen Geistern ihre Eigenform, ihre Eigenwilligkeit zu rauben, sie zu uniformieren und zu entstellen. Wo Widersprüche sich bemerkbar machen — Jungarbeiter, Gesellen, Studenten sind eben keine Kinder mehr — muß das Arbeitslager erhalten oder man versucht's mit Aushungern. Seit kurzem bekommen z. B. nur noch jene deutschen Studenten Unterstützungen und Stipendien, die dem nationalsozialistischen deutschen Studentenbund angehören. Dieser Erlaß verurteilt aber Hunderte begabte Arbeiterstudenten zum Heucheln und Kuschen — oder zur Aufgabe des mühsam errungenen Studiums. Um so besser, werden sich die von Hitler gehätschelten Krautjunker, Schlotbarone und Besitzbürger sagen: dann wird Platz für unsere Söhne. Die dürfen wie ehemals dumm, aber sie müssen begeisterte Nazioten sein.

Und wie ist's mit der Jugendfürsorge bestellt? Nun, viele Kinder- und Erziehungsheime in verschiedenen großen Orten (u. a. in Berlin) sind längst geschlossen; dafür ist es in deutschen Fürsorgekreisen ein offenes Geheimnis, daß von den Geldern, die für Jugendfürsorge bestimmt sind, zunächst einmal — Gewehre angeschafft werden! Denn in den Arbeitsdienstlagern soll friedliche sportliche Ertüchtigung getrieben werden, und zum Friedlichsein braucht man natürlich Gewehre. Wie sehr die deutsche Jugendfürsorge im übrigen schon auf den Hund gekommen ist, darüber belehrt die folgende wahre Geschichte, deren die gleichgeschaltete „Süddeutsche Sonntagspost“ in rührenden Worten gedenkt: Aus einem österreichischen Armenhaus ent-

ließen im Juli 1933 die Jungen Hermann und Fritz Häferlin, der eine acht, der andre vier Jahre alt, sie kamen über die Grenze und marschierten in Deutschland umher, schliefen im Freien, in Scheunen, erbeuteten sich Essen. In der „Sonntagspost“ vom 29. Oktober heißt es wörtlich:

„Drei Monate sind die Kinder so durch Deutschland gewandert, von Landstraße zu Landstraße, von Ortschaft zu Ortschaft... Durch die Dörfer und Wälder der Oberpfalz sind sie gekommen, durch Regensburg und das Frankenland, sind nach Nürnberg gelaufen... Sie haben drei Monate die Kleider nicht gewechselt. Und so unglücklich es klingt: Niemand hat jemand die Burschen nach ihrem Ziel gefragt und nach ihrem Wohnort. Man hat

laufen lassen, man hat sich höchstens gewundert, daß zwei Knirpse durch Deutschland marschieren wollen, von denen der eine kaum richtig laufen und sprechen konnte.“

„Man hat sich höchstens gewundert“ — und „es klingt unglücklich“, es ist aber weder verwunderlich, noch unglücklich. In diesem Lande der sozusagen mustergültigen Ordnung, des Drills, der Ueberkontrolle wird zwar jeder geschriebene Wisch beäugt, jeder harmlos dahergehende Arbeiter bespitzelt, jedes Wort bewacht, jede Geste vorgeschrieben — aber wer schert sich schon um ein paar hungrige, zerlumpte Buben? Mögen sie ruhig am Wegrand liegen bleiben! Für die SA. sind sie noch zu klein, wie rote Agitatoren sehen sie nicht aus, Geld ist nicht bei ihnen zu holen — wer soll sich also um sie kümmern? Fürsorger, die sich ihrer angenommen, die sie betreut hätten, gab es einmal in der „Judenrepublik“ — jetzt gibt es nur noch Aufpasser und Unteroffiziere, Schinder und Pauker!

Agnes Abel.

Emigranten und Völkerbund

Eine zeitgemäße Erinnerung

Am 10. Oktober hat die zweite Kommission des Völkerbundes, die sich mit dem Schicksal der deutschen Emigranten zu beschäftigen hatte, bei Stimmhaltung Deutschlands den einstimmigen Beschluß gefaßt, dem Völkerbund zu empfehlen, einen hohen Kommissar einzusetzen, dessen Aufgabe es ist, den Emigranten Hilfe und Arbeit zu schaffen. Die notwendigen Mittel sollen durch eine Anleihe gedeckt werden, die später durch die interessierten Staaten und private Organisationen abgelöst werden soll.

Dieses Vorgehen des Völkerbundes hat einen Präzedenzfall, an den wegen seiner tatsächlichen Großzügigkeit in diesem Augenblick erinnert werden soll. Es war im Jahre 1922, Kemal Pascha hatte die griechische Armee in Kleinasien vernichtet und der Friedensvertrag von Lausanne bestimmte, daß alle in Griechenland wohnenden Türken nach der Türkei und die in der Türkei wohnenden Griechen nach Griechenland umzusiedeln seien. Das kleine Griechenland mußte damals zu seinen fünf Millionen Einwohnern 1 1/2 Millionen zumeist armer Flüchtlinge übernehmen. Die natürliche Folge war ein furchtbares Elend. Alle irgendwie zu beschaffenden Räume waren durch die Masseninvasion überbelegt. Im Stadttheater von Athen beherbergte jede Loge eine Familie. Als Folge dieser Zusammenpferchung und der schlechten Ernährung brachen bald Typhus- und Fleckfieber epidemien aus. Damals wurde Frithjof Nansen vom Völkerbund beauftragt, die Lager zu überprüfen und geeignete Hilfsmaßnahmen in Vorschlag zu bringen. Nach mancherlei Hin und Her kam im Jahre 1923 das Genfer Protokoll zustande, das erstens Griechenland eine vom Völkerbund garantierte Anleihe von 10 Millionen Pfund Sterling sicherte, und zweitens eine Völkerbundkommission unter amerikanischer Leitung zur praktischen Durchführung einsetzte. Nach kaum drei Jahren war das Werk vollbracht. Es wurden 500.000 Menschen (150.000 Familien) in 2000 Dörfern untergebracht, und 7000 weitere Emigranten fanden in den Städten Unterkunft und Arbeit. Die Gesamtkosten betragen 15 1/2 Millionen Pfund, von denen acht Millionen aus der Anleihe des Völkerbundes, sechs Millionen von der griechischen Regierung und weitere 1 1/2 Millionen in Form von Siedlungsböden ebenfalls von der griechischen Regierung zur Verfügung gestellt wurden.

Das Hitlerregime hat ein Emigrantenelend geschaffen, dessen furchtbare Folgen gar nicht abzusehen sind, wenn nicht bald Hilfe kommt. Englische und französische Staatsmänner von hohem Ansehen haben sich für die Notwendigkeit einer internationalen Aktion eingesetzt. Der Völkerbund wird, trotz seines vielfachen Versagens gegenüber den großen Konflikten der Völker, an Ansehen wieder gewinnen, wenn ihm die Lösung dieses Problems gelingt.

„Gewissenszwang richtet Völker zugrunde“

In der nationalsozialistischen Wochenschrift „Reichswart“, die vom Reichstagsabgeordneten Grafen E. Reventlow herausgegeben wird, steht an leitender Stelle unter der vierspaltigen Balkenüberschrift „Protest“ ein heftiger Angriff des Herausgebers gegen den Oberkirchenrat Tügel, der in einer Mitgliederversammlung der „Deutschen Christen“ in Hamburg u. a. gesagt hat:

„Wenn ein Volk sich vom Christentum losgerissen hat, dann zehrt es zugrunde. Aus dieser Erkenntnis folgert, daß Religion nicht Privatsache sein darf, sondern Volkssache sein muß.“ Dazu stellt Graf Reventlow fest, daß die

Geschichte dem Herrn Oberkirchenrat Unrecht gebe:

„Wenn je ein Mann, so war Friedrich der Große „vom Christentum losgerissen“. Ist durch ihn das Volk der Preußen zugrunde gegangen?“

Friedrich der Große hat im schärfsten Gegensatz zur Forderung des Oberkirchenrats Tügel „Jeden nach seiner Fassung selbigen lassen“. Ist darüber programmäßig Preußen zugrunde gegangen?

Die Dinge liegen umgekehrt, denn die Geschichte zeigt, daß diejenigen Völker zugrunde gingen, in denen Gewissenszwang herrschte.“

Die letzten Worte sind im Original fett gedruckt, wodurch noch besonders unterstrichen wird, daß der Protest sich nicht nur gegen den Oberkirchenrat Tügel richtet, sondern auch und vor allem gegen das gesamte vom Wehrkreispfarrer Müller kommandierte System der Unterjochung der evangelischen Kirche, das in den Kreisen der Geistlichen wie der Kirchenmitglieder eine ungeheure Erbitterung ausgelöst hat.

Herausgeber: Ernst Sattler, Karlsbad. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn, Karlsbad. Druck: „Graphia“ Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.

Achtung! Verlagsanstalten!

Wir übernehmen

Alleinvertrieb für Polen

für ausländische Zeitungen, Zeitschriften, Modeljourale u. Bücher. Seit Jahren größtes Unternehmen am hiesigen Platze. Erstklassige Referenzen. — Angebote erbeten unter Chiffre „19“ an die Verwaltung des „Neuen Vorwärts“.

Exportartikel

Für einige Staaten werden nachrichtl. Organisations-Firmen oder Herren für den Vertrieb eines meiner erstklassigen IAI-Verkauf, Artikel für W. renhäuser, Kauf-u. Möbelhäuser gesucht. Große Verdienstmöglichkeit. Offerte an „Me le de Luxe“ Bruxelles-St. Gilles Rue de la Victoire 77

ALLIANCE FRANÇAISE 101, Boulevard Raspail - Paris

Schule für praktisches Studium der französischen Sprache
1. Der Winterkursus des vollen Studiums der französischen Sprache (langt am 3. November an. Das Programm besteht jede Woche aus 15 Stunden (wenigstens) praktisches Studium der französischen Sprache. Übersetzungen einbezogen. Siebzehn Vorlesungen. Ein künstlerischer Ausflug.
Preis des Kurses: 195 — Fr. monatlich, 200 — Fr. für vier Monate vom 3. November bis 28. Februar. — Diejenigen, die nur die Vorlesungen besuchen wollen, bekommen spezielle Karten. Preis 80 — Fr. monatlich. — 2. Die Abendkurse finden fünfmal wöchentlich statt: Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag von 20—22 Uhr. Der Mittwoch-Kursus ist dem Studium des kommerziellen Französisch gewidmet. Preis des Kurses: 100 — Fr. monatlich, 325 — Fr. für vier Monate.
Für alle Auskünfte wende man sich an den Herrn
Directeur Robert Dupouey, 101, Boulevard Raspail — PARIS (VI)

Wenn Sie ein Haus oder ein Geschäft irgendwo in England kaufen oder verkaufen wollen „so schnell wie möglich“ schreiben Sie an

Thomas & Francis

Häuser- und Güteragenten, 42, Grove Road, South Woodford
London, E. 18. Groß-Britannien

Zahnarzt

S. APATCHEWSKY
Erstklassige Ausführung — Spricht deutsch und englisch
24, Av. Friedland Paris (8e)
Fernsprecher: Carnot 38-13 — Métro: Etoile

Zahnarzt

Erstklassige Ausführung. Sprechstunde nachm. Spricht deutsch
36, rue Doudeauville Paris (18e)
Métro (Untergrundbahn): Château-Rouge

Im Winter kommen Sie nach Paris. Sie werden die größte Wohnlichkeit in diesen zwei Hotels finden

Hotel de Castille

(Madeline) 37 — Rue Cambon
Zim. u. Mah. von 55 fr. Fr.
Restaurant — Garten
Hotel Cambon
(Champs-Élysées) 3 — Rue Cambon
Zim. u. Mah. von 45 fr. Fr.
Familienleben — Billig und behaglich

Brauner Alltag

Flugblätter in Schleswig-Holstein stellen als Ergebnisse der Hitlerherrschaft u. a. fest: 13 Statthalter beziehen ein Jahreseinkommen von je 60.000 RM, die Mitglieder des Preußischen Staatsrats eine Aufwandsentschädigung von 1000 RM im Monat. Der „Arbeiter“ Thyssen ist Wirtschaftsdictator. Gottfried Feder erklärt, Sozialismus ist Unsinn. Hitler befiehlt, die zweite Revolution ist zu Ende. Die Flugblätter schließen: SA-Kamerad, klare Deine Kameraden auf. Sage ihnen, daß die sozialistische Revolution erst beginnen muß. Und wir müssen sie vorwärts treiben.“

Die Fachgruppe „Obst und Gemüse“ Magdeburg im Landesverband Sachsen-Anhalt des Reichsverbandes deutscher Kaufleute der Kolonialwaren-, Feinkost- und Lebensmittel-Einzelhandels hielt ihre Monatsversammlung ab. Nach verschiedenen geschäftlichen Mitteilungen wurde die Weihe eines Hitlerbildes vorgenommen, das ein Bekenntnis der Verbundenheit der Mitglieder der Fachgruppe „Obst und Gemüse“ mit dem Führer sein soll. Gaufachberater Dr. Pohlmann nahm die Weihe des Bildes vor und erklärte: „Nicht verdienen, sondern dienen“ sollte oberster Leitsatz auch des Einzelhandels sein. Die Versammlung stimmte mit einem Siegesheil auf den Kanzler begelstert zu. Geschehen anfangs Oktober 1933 in Magdeburg, einer Stadt in Mitteleuropa, der Nachwelt übermittelt durch die „Magdeburgische Zeitung“

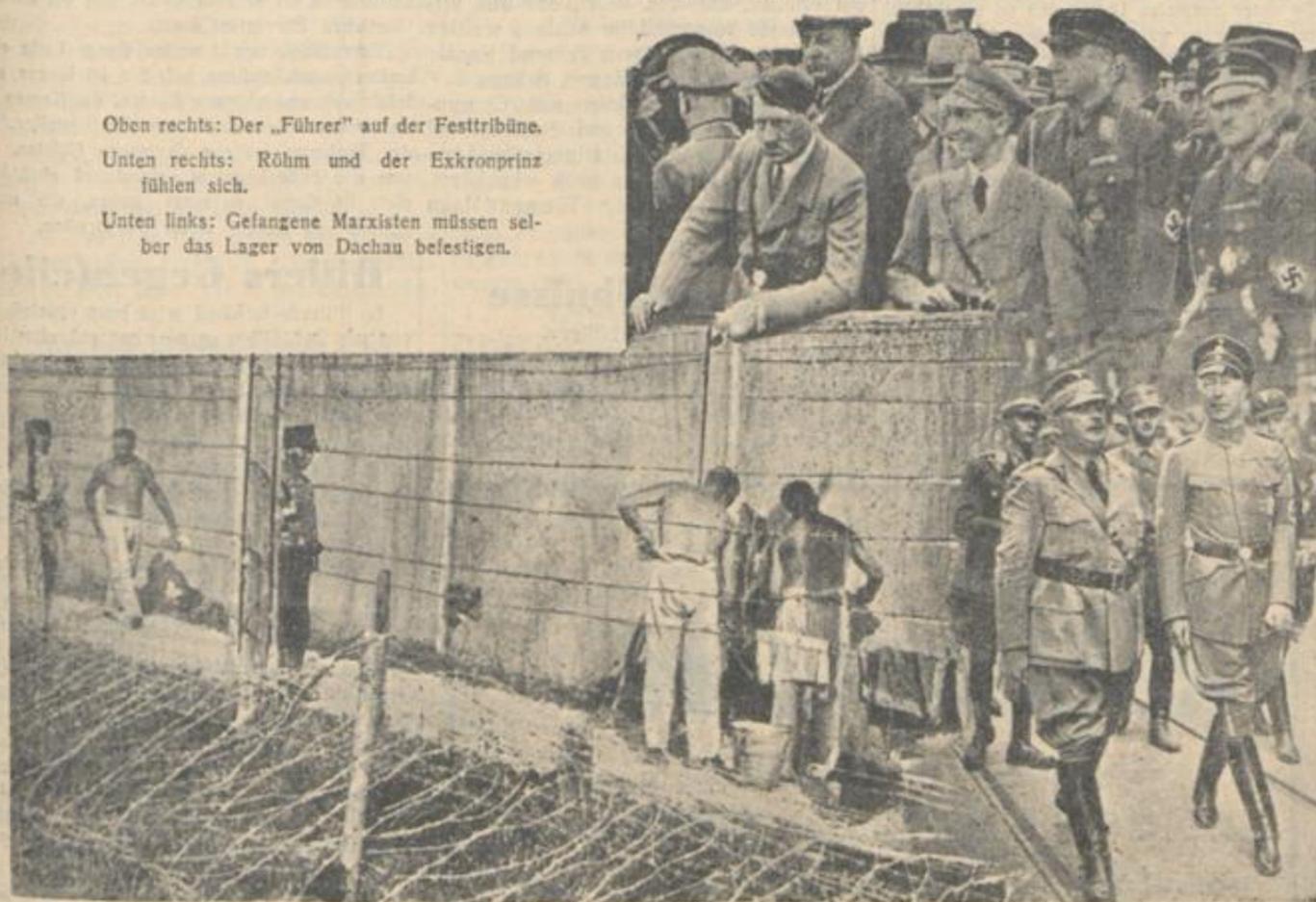
Freiwillige Spenden für das Winterhilfswerk werden in Oberschlesien in der Weise eingezogen, daß die Arbeiter pro Tag eine Stunde umsonst arbeiten müssen. Außerdem sind auf dem Arbeitsamt Sammelbüchsen angebracht worden, damit die Arbeitslosen wissen, wo sie „freiwillig“ ihre Spende einzahlen können. Bei diesem Wett-eifer im Kampf gegen Hunger und Kälte können selbstverständlich die Spitzen der Behörden nicht fehlen. Amtlich wird mitgeteilt, daß das Preußische Staatsministerium beschlossen hat, von den Bezügen der Staatsminister und Staatssekretäre allmonatlich einen namhaften Betrag als Unterstützungsbeitrag an das Winterhilfswerk abzuführen. Die preußischen Staatsräte haben sich diesem Vorschlag einmütig angeschlossen. Außerdem wird Ministerpräsident Göring in einer größeren Anzahl von Städten für die Winterhilfe sprechen. Wie verlautet, wird in diesen Versammlungen Göring auch die Höhe der von den Ministern abgeführten Beträge mitteilen, da sich darüber die amtliche Pressenachricht in übertriebener Bescheidenheit ausschweigt.

Kein Stresemann anders!

„Wie man sich auch innerpolitisch zum nationalsozialistischen Regime in Deutschland stellen möge, es wird immer klarer, daß Reichskanzler Hitler in außenpolitischer Hinsicht sich zu der einzigen Politik bekennt, die in der gegenwärtigen Lage für Deutschland möglich ist. Die Rede, die er im Sportpalast hielt, hätte kein Stresemann oder Curtius wesentlich anders halten können.“

Das neue Deutschland

Oben rechts: Der „Führer“ auf der Festtribüne.
Unten rechts: Röhm und der Exkronprinz fühlen sich.
Unten links: Gefangene Marxisten müssen selber das Lager von Dachau befestigen.



Der 9. November in Berlin

Von Otto Wels

Schon am 8. November liegt Unruhe über der ganzen Stadt. Gerüchte gehen von Mund zu Mund. Alle in Berlin anwesenden Offiziere seien bewaffnet und zu besonderen Formationen zusammengestellt worden. In München ist die Republik ausgerufen. Auch in Hannover und Magdeburg befindet sich die Gewalt in den Händen des Volkes. Worauf wartet man bei uns noch? — Die Lebensmittelrationen sollen noch weiter herabgesetzt werden. Dabei gab es schon wochenlang nur noch drei Pfund Kartoffeln und 40 Gramm Margarine pro Kopf. Ein Leben ist doch dabei nicht möglich. Stundenlang haben die Frauen wieder vor den Läden nach Lebensmitteln angestanden. Mit leeren Körben gingen viele wieder heim zu ihren hungernden und frierenden Kindern, Verzweiflung in den abgehärmten und vergrämten Gesichtern. — In den Fabriken der Rüstungsindustrie herrscht Hochspannung. Jetzt aber Schluss!

Die Oberste Heeresleitung hat den Krieg ja selbst für verloren erklärt.

Der Waffenstillstand muß abgeschlossen werden. Um jeden Preis. Die Front halte keine 24 Stunden mehr stand. Die Regierung müsse Frieden schließen, sonst sei alles verloren. Das habe die Heeresleitung gefordert, die Regierung aber versuche immer noch Zeit zu gewinnen. Dabei komme sie doch nicht vorwärts. Das war der allgemeine Gesprächsstoff, wo überall Menschen sich fanden. Die Entente lehnte Verhandlungen mit den bisherigen Machthabern kategorisch ab. Das sei doch deutlich genug, um zu erkennen, die Hohenzollern, vor allem der Kaiser, sind das Hindernis für den Frieden. Diese Erkenntnis war allgemein geworden. Im Heer, im Volk, oben und unten, selbst bei einem großen Teil der Bundesfürsten, bei ihnen sogar am stärksten, denn sie hatten ja auch die weitaus besten Informationen. Jetzt wollte alles den Frieden. Dazu aber war vor allem eine Regierung notwendig, mit der der Gegner bereit war, den Frieden zu schließen.

Die Sozialdemokratie hatte am 1. November den Rücktritt des Kaisers gefordert.

Nach acht Tagen würden sie ihre Vertreter aus der Regierung zurückziehen, wenn dies Hindernis für den Frieden bis dahin nicht beseitigt wäre. Das Volk hatte Opfer genug gebracht, es sei am Ende seiner Kraft. Jetzt seien andere an der Reihe.

Die acht Tage sind um. — Am Abend des 8. November treten die Vertrauensmänner der Partei in den Berliner Großbetrieben zusam-

men. Sie berichten dem Parteivorstand über die Stimmung der Massen. Ebert und Scheidemann erklären, daß sie bis zum 9. November vormittags 9 Uhr den Entschluß des Prinzen Max von Baden erwarteten. Die Vertrauensmänner ließen keinen Zweifel, daß es in keines Menschen Macht stünde, die Arbeiter von dem Verlassen der Betriebe zurückzuhalten. Sie würden aber dennoch am nächsten Tage früh noch einmal in die Betriebe gehen, um dann sofort Bericht zu erstatten.

Der Morgen des 9. November dämmert herauf. Schon früh um 7 Uhr aber sind die Vertrauensleute wieder in der Lindenstraße versammelt und erklären übereinstimmend, daß die Zeit des Wartens zu Ende sei. Um 9 Uhr würden

die Betriebe zum Stillstand kommen

und die Arbeiter auf die Straße gehen. Ich hatte die Nacht in meinem Büro zugebracht und war in der frühen Morgenstunde das einzige Mitglied des Parteivorstandes, der alle die Meldungen entgegennahm. Zeit war nicht zu verlieren. So gab ich den Genossen den Rat, sofort in die Betriebe zurückzukehren und sich an die Spitze der Arbeiter zu stellen. Ungewiß lag der Tag vor uns. Gab es Kampf? Würde das Pflaster Berlins sich rötlen von dem Blut der Männer und Frauen, die in der Helmat Granaten gedreht, gehungert und geklitten, und den Vätern, Söhnen und Brüdern im Felde zu Millionen ihr Leben und ihre Gesundheit gelassen hatten? Ein banges Gefühl herrschte, daß Furchtbares, Unheilsschwangeres im Anzuge war, das unaufhaltsam wie ein Verhängnis mit der Gewalt eines Elementarereignisses sich über die Stadt wälze.

Die Vertrauensleute waren noch nicht alle fort, da melden sich dringend drei Feldgraue,

ein Hauptmann, ein Gefreiter und ein Mann des Naumburger Jägerbataillons

und verlangen, ein Mitglied des Parteivorstandes solle sofort mit ihnen zur Kaserne fahren. Das Bataillon hätte gehört, daß es gegen die Bevölkerung marschieren solle. Jetzt wolle es wissen, wie die Partei die Dinge ansehe. Ihr Wagen stände im Hof. Mir blieb keine Wahl. Mit mir führen zwei Vertrauensmänner der Arbeiter in die Alexanderkaserne. Der zweite Hof war dicht mit Soldaten gefüllt. Nicht nur das Jägerbataillon, auch Angehörige anderer Truppenteile waren anwesend. Auf einem Krümperwagen stehend gab ich eine Darstellung der politischen Situation und schilderte vor allem die Lage, wie sie sich in den nächsten Stunden in Berlin selbst entwickeln könne.

Es sei Blut genug geflossen, sie könnten und dürften

nicht auf ihre Brüder und Schwestern schießen.

Der Friede sei das Ziel und der Krieg dürfe nicht nach viereinhalb Jahren gegen die eigenen Volksgenossen fortgesetzt werden. Man solle in Ruhe Soldatenräte bilden und weiter in Verbindung mit der Partei bleiben. In ein Hoch auf den Frieden und einen freien Volksstaat stimmten Mannschaften und Offiziere mit ein.

Indessen war im Reichstag die Fraktion zusammengetreten.

Vertreter aus den Betrieben kamen hinzu. Die Straßen füllten sich mit den Massen der Arbeiter. Ebert, Braun und Vertreter der Arbeiter gingen zum Reichskanzler, um ihm klar zu machen, welche Wendung die Dinge genommen hatten. Die militärischen Befehlshaber Berlins, vor allem der Gouverneur General von Linsingen, dessen jüdische Großmutter damals noch nicht entdeckt war, hatten indessen bereits im Einvernehmen mit dem Kriegsminister von Scheuch die Anweisung gegeben, auf keinen Fall von der Waffe Gebrauch zu machen.

Um die Mittagsstunde hatten die Mannschaften in allen Kasernen Soldatenräte gewählt und sandten diese zum Teil in den Reichstag, zumeist aber in das „Vorwärts“-Haus, um sowohl Informationen zu erhalten als Vorschläge für die Sicherung der Stadt gegen Überraschungen zu machen, die sie angesichts der unerwarteten kampflosen Kapitulation für möglich hielten.

Es ist bekannt, wie der Tag verlief. Leider machte sich aber jetzt schon

die Spaltung der Arbeit-klasse

auf das schwerste bemerkbar. In der Mittagsstunde versuchte ein Trupp Bewaffneter, die mit einem Lastauto anrückten, das „Vorwärts“-Haus und die Druckerlei zu besetzen, sowie andere Gruppen es mit bürgerlichen Druckerunternehmungen getan hatten. Nur der Umstand, daß eine starke Abteilung der Naumburger Jäger zur Sicherung des „Vorwärts“-Gebäudes abkommandiert war, veranlaßte sie, ohne Gewaltanwendung wieder umzukehren.

Wichtiger aber war ein anderer Vorgang. Am Abend gegen neun Uhr versammelten sich im Sitzungssaal des Reichstags Vertreter der „revolutionären Obmänner“ der Munitionsbetriebe und Männer des Spartakusbundes. Sie etablierten sich dort als vorbereitende Körperschaft für die konstituierende Versammlung

der Republik, die nach den dort gemachten Mitteilungen am Sonntag, dem 10. November, nachmittags 5 Uhr, im Zirkus Busch zusammenzutreten und die provisorische Regierung wählen würde. Durch Zufall kam auch ich in diese Veranstaltung. Und so hörte ich denn, daß je 1000 Arbeiter der Berliner Betriebe oder Soldaten der Berliner Garnisonen am Sonntagvormittag je einen Delegierten zu wählen hätten, die dann am Nachmittag die ihnen zugedachte historische Aufgabe der Regierungsbildung übernehmen sollten. Es war klar, daß für die Wahl von Delegierten keinerlei Vorkehrung getroffen war. Man ließ auch keine Zweifel darüber, daß die Mehrheitssozialisten überhaupt keine, und die Unabhängigen nur sehr geringe Aussicht hätten, an der Regierung beteiligt zu werden.

Beim Verlassen des Reichstags traf ich mit Hermann Müller zusammen, der soeben mit Hugo Haase aus Kiel nach Berlin zurückgekehrt war. Ich unterrichtete ihn und meine in der Reichskanzlei weilenden Parteifreunde, von dem, was ich soeben gehört hatte und schrieb noch in der Nacht ein kurzes Flugblatt an „die Soldaten der Berliner Garnison, die auf dem Standpunkt der Politik stehen, wie sie der Vorwärts vertritt“, d. h. die für die Wahl einer Nationalversammlung durch das Volk einzutreten bereit waren und forderte sie auf, ihrerseits Delegierte zu wählen. In den ersten Morgenstunden kam das Flugblatt zur Verteilung. Um 12 Uhr mittags traten die Abgesandten von 57.000 Angehörigen der Berliner Garnison zusammen. Eine kurze Schilderung der Situation zeigte, daß sie geschlossen bereit waren, für eine

paritätische Zusammensetzung der Regierung aus Mehrheitssozialisten und Unabhängigen

und für die Wahl der Nationalversammlung einzutreten. Auf keinen Fall wollten sie sich bei einer kommenden Gestaltung der Dinge ausschalten lassen. So wählten sie denn auf dem Hofe des „Vorwärts“-Grundstückes einen Soldatenrat, informierten ihre Kameraden in den Kasernen und begaben sich geschlossen zu der Versammlung im Zirkus Busch.

Hier platzten die Gegensätze hart aufeinander. Was der Bruderkampf in der Arbeiterschaft an Schwerem in der Zukunft alles bringen würde, zeigte bereits diese erste Versammlung. In stundenlangen Debatten verschärfte sich die Gegensätze mehr und mehr, bis die Vertreter der Soldaten, auch in diesem Falle als die eventuellen Träger der Gewalt, die kategorische Forderung an die Versammlung stellten:

Einigung auf der Grundlage der Parität, wer sich nicht fügt, scheidet aus.

So wurde dürftig die erste Notbrücke geschlagen, die aus dem Zusammenbruch des Kaiserreichs zur Nationalversammlung und zur demokratischen Republik führte. Die Einigung der Arbeiterbewegung brachte sie nicht. Darum triumphiert jetzt nach 15 Jahren wieder die Gewalt, die Reaktion von damals und die von heute dazu.

Wir aber sollen aus der Geschichte lernen!

Nanu?

Die „Bayerische Zeitung“ veröffentlicht folgende Warnung:

Keine wilden Veranstaltungen.

Es machen sich in den letzten Tagen von den verschiedensten Seiten Bestrebungen bemerkbar, anlässlich der Feierlichkeiten am 8. und 9. November in München private Sonderveranstaltungen aufzuziehen. Die Gauleitung München-Oberbayern weist deshalb darauf hin, daß ausschließlich die in dem von der Gauleitung herausgegebenen Programm aufgenommenen Veranstaltungen in Zusammenhang mit den offiziellen Feierlichkeiten stehen. Mit allen anderen Veranstaltungen hat die Gauleitung nicht das geringste zu tun und lehnt jede Verantwortung dafür ab.

Gauleitung München-Oberbayern, gez. Wenzl, Gaupropagandaleiter.

Nanu? War denn der Bürgerbräuputsch, den Adolf Hitler mit dem berühmten Revolverschuß in die Kellerdecke eröffnete und der mit einem großen Davonlaufen endete, nicht auch eine „wilde Veranstaltung“?

Max, nicht Marx!

„Das Vorbild, 1851—1933. Von Karl Max“ — so sollte die Überschrift des Artikels über Napoleon III. heißen, der in der Beilage von Nr. 20 d. Bl. erschien. Der Drucklehrer hatte den „Karl Max“ in einen „Karl Marx“ verwandelt.

Thomas Mann verteidigt sich

Millionen Sklaven — und ein Roman

In der vorigen Nummer des „Vorwärts“ beschäftigten wir uns mit der zweideutig-passiven Haltung der Schriftsteller Thomas Mann, Döblin und Schickele, die ihre angekündigte Mitarbeit an der Emigrantenzeitschrift „Die Sammlung“ mit der Begründung widerriefen, die antifaschistische Tendenz dieser Zeitschrift sei ihnen nicht bekannt gewesen. Die Drei ernteten daraufhin ein Beinahe-Lob der „Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums“, die ihnen attestierte, sie seien „keine geistigen Landesverräter“. Die Wiener Arbeiterzeitung, die gleich uns ihr Erstaunen über die eigenartige Vorsicht der bisher geistig freien Schriftsteller aussprach, erhält nun von Thomas Mann einen Brief, in dem es u. a. heißt:

... Sie erzählen die Geschichte meiner öffentlichen Absage und der einiger anderer Schriftsteller an die von meinem Sohn geleitete Zeitschrift „Die Sammlung“ und folgern daraus die Tatsache unseres geistigen Todes. Für meine Person habe ich zu jenem Vorgang folgendes zu bemerken: So lange in Deutschland die Sprache frei war, habe ich als ein Mann, der sein Vaterland liebt und es glücklich und geachtet sehen möchte, mich mit allen meinen Kräften für das eingesetzt, was ich für wünschenswert und richtig hielt. Sie in Wien haben Proben davon: Ich habe vor Wiener Arbeitern nicht, wie Sie sagen, meinem Bekenntnis zur Demokratie „sogar“ Zugeständnisse sozialen Verständnisses angefügt, sondern meine Rede von damals war ein offenes Bekenntnis zum Sozialismus, wenn auch nicht die Erklärung einer Parteilugehörigkeit. Seit acht Monaten lebe ich außerhalb der deutschen Reichsgrenzen. Der damit selbstverständlich verbundenen materiellen und idealen Opfer will ich mich weder rühmen noch darüber klagen — genug, daß sie gebracht werden mußten. Ueber den Wert einer Polemik, die nicht nach Deutschland hineingelangt und dort tonlos bleibt, kann man verschieden urteilen. Sicher ist, daß meiner Natur die rein positive und produktive Art, dem höheren Deutschland zu dienen, in diesem Augenblick näher liegt als die polemische, und damit hängt mein dringlicher Wunsch zusammen, mich, solange es möglich ist, von meinem innerdeutschen Publikum nicht trennen zu lassen. Das ist ein ideales Interesse, das, wie leicht zu erweisen wäre, mit grobem Opportunismus nicht das geringste zu tun hat. Es handelt sich tatsächlich und nachweislich nicht um den „Markt“, wie eine unfreundlich derbe Psychologie es gern ausdrückt, sondern um geistige und künstlerische Wirkungsmöglichkeit.

Für mein gutes Recht, auch unter diesen Umständen, hielt ich es allerdings, einer außerhalb der deutschen Grenzen erscheinenden literarischen Zeitschrift europäischen Charakters, die erste Namen der Welt zu ihren Mitarbeitern zählt, auch meine gelegentliche Mitarbeit in Aussicht zu stellen.

Als ich mich aber überzeugen mußte, daß

schon die bloße Ankündigung meines Namens, die unter normalen Umständen so unerheblich gewesen wäre, genügen würde, mir jede Wirkungsmöglichkeit in Deutschland abzuschneiden, habe ich eine Handlung rückgängig gemacht, der ich von Anfang an wenig sachliche Bedeutung zugeschrieben hatte.

Sie wissen, daß in diesen Tagen ein neues Buch von mir erschienen ist, der erste Teil eines weitläufigen epischen Werkes, das mich seit einer ganzen Reihe von Jahren beschäftigt. Es erscheint in Deutschland, im S. Fischer-Verlag, mit dem ich seit meinem Eintritt ins literarische Leben verbunden bin... Ich stand also vor der Frage, ob ich das Leben meines Werkes opfern, die Menschen, die in Deutschland auf meine Stimme hören und insbesondere seit Jahren auf diese neue Arbeit von mir mit Anteilnahme warten, enttäuschen

und verlassen wollte, nur damit mein Name auf der Mitarbeiterliste einer Zeitschrift figuriere, deren erste Nummer gerade, wie ich wahrheitsgemäß erklären konnte, tatsächlich in ihrer Zusammenstellung taktische Fehler aufwies und nicht dem Bilde entsprach, das ich mir von ihr gemacht hatte. Diese Frage habe ich in der Ihnen bekannten Weise entschieden...

Daß Thomas Mann für sein sozialistisches Bekenntnis in diesen Tagen deutscher Sozialistenverfolgung noch einmal ausdrücklich einsteht, gereicht ihm zur Ehre. Ueber die „Wirkungsmöglichkeit“ in Deutschland dürfte er sich jedoch gründlich täuschen. So kunstlasterlich das klingen mag: ein „weitläufiges episches Werk“ mehr oder minder — kommt es darauf im Dritten Reiche an? Und wenn die Veröffentlichung eines solchen Werkes durch schweigende Duldung schändlichster Barbarei erkaufte werden muß — bliebe es dann nicht besser in der Schublade? Den Millionen, die im demokratisch-sozialistischen Lager mit Thomas Mann für Freiheit, Menschenrecht und Menschenwürde fochten, geht es heute noch und heute mehr denn je um

diese verlorenen Güter. Verfolgungen wehrlos preisgegeben, der Meinungsfreiheit beraubt, vor körperlichen Mißhandlungen nicht geschützt, warten sie „mit Anteilnahme“, nein, mit brennendem Verlangen — nicht auf einen Roman von Thomas Mann, sondern auf ein offenes Wort im Namen der Menschlichkeit, auf ein offenes, scharfes Wort, das aus seinem Munde kommt, im Ausland weithin gehört würde und durch tausend Kanäle auch ins deutsche Gefängnis dränge.

Die deutsche Tragödie, mit Gummi knüppel, Reipeltische und Schießprügel geschrieben, wird durch feingeistige Literatur weder gemildert noch abgekürzt. Darum bleibt es dabei: Thomas Mann handelt unrecht!

Treugelöbnisse

im Dutzend billiger.

Achtundachtzig deutsche Schriftsteller haben durch ihre Unterschrift dem Blutkanzler Adolf Hitler das „Gelöbnis treuester Gefolgschaft“ abgelegt. 89 deutsche

Juden Monty Jacobs, ungezählte Male Gast in jüdischen Häusern, der Bohemien Alfred Richard Meyer, der sich einst als „Munkepunkte“ nicht radikal-sozialistisch genug gebärden konnte, Johann Schlaf, Walter von Molo, Josef Ponten — wie kommen die auf jene Schandliste der Inkompetenzen? Mit dem Treugelöbnis für Hitler unterzeichneten sie gleichzeitig ihr eigenes Urteil, das auf lebenslänglichen Ehrverlust lautet.

Zum Glück taucht neben dieser Liste eine andre, ungeschriebene auf. Sie ist länger und trägt weit gewichtigeren Namen, die Namen aller bedeutenden deutschen Schriftsteller, aller Vertreter wahren deutschen Geistes, die von der Hitlerbarbarei schauernd abrücken, die ihr Kampf angesagt haben, die unter Opfern und Gefahr wider sie streiten.

Hitlers Gegenteile

In Hitlerdeutschland wird jetzt offiziell soviel von Heldentum geredet und gekraftmariert, daß es Leute von auch nur mittlerem Geschmack längst speißel geworden ist. Jenen zum Trost soll eine Broschüre für „Nationale Dramaturgie“ zitiert werden, die jüngst im Verlag Theater-Tageblatt (Berlin) erschien und in der ein Herr Paul Beyer demonstriert, wie der neue nationale Held auf der Bühne aussehen sollte:

„Der stille Held, dem man's ansieht, wird wiederkommen... Der lächelnde Held, der seine Wunde nicht zeigt, kurz all die Gegenteile von Maulheld, die sich denken lassen.“

Gegenteile von Maulheld — die ihre Wunden nicht zeigen. Mag sich der Nazi-Dramaturg darüber mit seinen Pgs. auseinandersetzen. Da hat man jüngst Röhm's brauner Garde ein Denkmal errichtet. In der Hitler-Presse ist das zu sehen mit dem Text: „Im Schloßpark von Oranienburg wurde ein aus Holz geschnitztes Denkmal für die gefallenen SA-Leute eingeweiht, welches einen verwundeten Kämpfer darstellt.“ Auf dem Sockel steht einer in SA-Uniform mit verbundenem Kopf.

Der Mann kommt uns bekannt vor. Man sah solche Leute ehemals oft an der Spitze von Naziumzügen Reklame laufen. In mehreren Fällen wurde festgestellt, daß die Verbände einen Schwindel verdeckten. Sie rochen nach Karbol, aber die Wunden fehlten.

Wenn die Verteidiger des Sozialismus und der deutschen Demokratie mit Verwundeten hätten protzen wollen — zu Hunderten konnten sie damit aufwarten! Aber Hunderte fielen im Kampfe gegen die braune Pest, aber Hunderte wanderten in die Gefängnisse. Jedoch sie machten kein Theater aus alledem. Einfach, in grauen, abgetragenen Windjacken, traten die sozialistischen Formationen an, so oft sie zum Schutze der Freiheit gerufen wurden. Viele ermangelten der notdürftigsten Ausrüstung, mit durchlöchernten Stiefeln marschierten sie für ihre Sache durch Eis, Schnee und Schlamm, schlecht genährt, arbeitlos die Hälfte, eine graue Masse der Not: Gegenteile von Maulhelden!

Die Geschichte wird diesen unbekanntem Soldaten der Freiheit ein Denkmal setzen, und von ihrem einfachen, selbstverständlichen Opfermut werden kommende Geschlechter noch künden, wenn braune Denkmäler und verlogene faschistische Heldenbilder längst im Panoptikum als letzte Reste deutschen Mittelalters vermodern.

London

Der „Neue Vorwärts“ ist in allen Verkaufsstellen der Fa.

W. H. Smith Ltd. London, Strand House

erhältlich. Bestellungen bitten wir direkt an diese Firma zu richten.

Schwejk im III. Reich

Aus seinen Gefängnisserlebnissen...

Schwejk, der unsterbliche Held der k. k. Weltkriegsarmee feiert im III. Reich „fröhliche Urständ“. Augenblicklich verbüßt er gerade eine Gefängnisstrafe. Was er dabei erlebt, läßt eine Meldung der „Vossischen Zeitung“ erahnen, die wir nachstehend wörtlich wiedergeben:

„Kein Hitlergruß in Gefängnissen. Ein Rundschreiben des Mecklenburgischen Justizministeriums an die zuständigen Behörden hebt hervor, daß in Gefangenenanstalten der Hitlergruß weder als Gruß der Gefangenen den Beamten gegenüber noch als Gruß der Gefangenen untereinander zugelassen werden dürfe. Der Hitlergruß, so betont diese Anweisung des Ministeriums, ist der Gruß des freien deutschen Mannes. Ueber den Gruß der Gefangenen bleiben die bisherigen Vorschriften in Kraft. Die Gefangenen haben also weiterhin die Beamten durch Abnahme der Kopfbedeckung zu grüßen bzw. durch Vorbeigehen in straffer Haltung.“

Aufseher: Schwejk, vortreten!

Schwejk: Herr Inspektor?

Aufseher: Sie haben mich heute morgen auf dem Weg zum Kaffeefassen mit dem Hitlergruß begrüßt...

Schwejk: Indem daß wir jetzt alle eine einzige große Volksgemeinschaft sind, wie ich in der Zeitung gelesen hab.

Aufseher: Gefangene, Juden und Mar-

xisten gehören nicht zur Volksgemeinschaft. Der Hitlergruß ist nur für freie Menschen bestimmt.

Schwejk: Das möchte aber zu Komplikationen führen, Herr Direktor. Wie ist denn das mit denen, die wo schon in den Gefängnissen gesessen haben? Wie ich das letztmal Knast schob, hatten wir allerhand Nazis unter uns: sogar ein richtiger Fememörder war dabei, der jetzt herich Polizeipräsident sein soll. Das muß ein sehr sauberer Posten sein, sich mit all den schlechten Charakteren abzugeben —

Aufseher: — wie mit solchen, wie du einer bist, du Schwein. Maul halten, jetzt!

Schwejk: Melde gehorsamst, daß ich ein Schwein bin. Warum nicht, Herr Gefangenengeneral? Aber eigentlich ist das nicht sehr menschenfreundlich, daß Sie uns den Hitlergruß verbieten, indem daß Freilösungen sehr gesund sein sollen für den menschlichen Körper. In Poppowitz, da hatten wir einen Mann, der...

Aufseher Schnauze! Drei Tage Dunkelarrest!

Schwejk: Der Dunkelarrest ist keine schlechte Erfindung; da kann man seine Augen ausruhen und mit Fleiß über den Führer nachdenken, denn das Denken verstößt herich nicht gegen die Anstaltsbestimmungen. Aber wirklich, Herr Gefangenengeneral, es tut mir von ganzem Herzen leid, daß Sie uns Herren Verbrechern nicht erlauben wollen unsere treue Verbundenheit mit dem Führer

zu bezeugen. Von ganzem Herzen, Herr Präsident....

Aufseher Abführen!

Schwejk: Heil Hitler, Herr Abkanzler! Habe die Ehre...

Darschan.

Familie Eintopf

Eine Szene, die der gleichgeschaltete Hans Reimann nicht geschrieben hat...

Ort der Handlung: Eine spießbürgerlich eingerichtete Wohnung irgendwo in Sachsen. Das Eintopfergericht dampft auf dem Tisch.

Der Vater: 'choffe, ihr seid euch alle der Bedeldung der Schöndude bewußt; nicht alle Dache hammir das Glück, midn Oeberschden der Nadsson aus een' Dobb ze essn. Baul, schlirf nich so.

Die Mutter: Nu, de dusdje gerade, als ob mir an den annern Dachs aus zaehn Debbn essn dädn.

Der Vater: Das is egal. Feierdach is Feierdach. Der Fahrer wills eso un damit basda. Baul, mach nich son Grach beim Essn.

Die Mutter: Nu, wenn Feierdach is, da freiß ihr immer zeviel. Fordn Carl muß ooch noch ewas iwrich bleim.

Paul: Wo issn der heide?

Der Vater: Der had heide Dienst beidr, SA. Der had schon gesdrn ahmd gesachd, daß heid 's E.K. kriecht.

Paul: Was meendr der drmit?

Der Vater: E.K., das heeß Essenkontrolle.

Der muß heide den Leidn indn Dobb guckn, obse ooch bloß alle een' Gang ham.

Die Mutter: Nu, da wird der awr derwechn hibschn Hunger ham, wenn der von der Essensgondrolle heemgommd. Und ihr, ihr freißn alles weg!

Der Vater: Nu, warum machsdn nich machr von den Gelumbe?

Die Mutter: Nu, warum gibsdn mir nich mehr Wirschaftsgeld?

Der Vater: Nu, wer hadmr denne 's Gehald abgebaut?

Die Mutter: Nu, wer wardn der greeßde Nazi indr Familie un had immer gesachd, wenndr Hider gommd, wird alles besser? Nu mußde de Suppe ooch ausleiffn.

Paul: 's is doch gar keene mehr da!

Die Mutter: Nu, du maderalfischer Briezl, das middr Suppe, das meen'ch doch bloß simbollsich — —

Ergo-

Unauffällig geschminkt

Die deutsche Firma Lechner erinnert in ihren Reklamenotizen daran, daß die braune Regierung auffällig geschminkte und gepuderte Frauen nicht verputzen kann und fügt hinzu: „Lechners Puder und Schminken wirken unauffällig, dezent und erfüllen dennoch ihren Zweck, nach dem bewährten Wort: „Was die Natur nicht gibt, gibt Lechner.“

Also das Schminken ist in Deutschland erlaubt, nur „unauffällig“ hat es zu geschehen.

Thyssens klügster Streich

Geld für Hitler trägt Zinsen — Einer der größten Raubzüge des Kapitals

Aus allen Poren blut- und schmutztriefend, kam das Kapital zur Welt — so schließt Karl Marx die berühmte Schilderung über die ursprüngliche Akkumulation, über die Entstehungsgeschichte des Kapitals.

Aus allen Poren blut- und schmutztriefend — so erneuert sich die Kapitalherrschaft unter der Diktatur Hitlers!

Im Frühjahr 1932 wurde die deutsche Öffentlichkeit durch die Nachricht überrascht, Herr Dietrich, der Finanzminister Brüning's, habe

von dem Eisenindustriellen Flick dessen Gelsenkirchen-Aktien übernommen. Das Geschäft war in größter Heimlichkeit getätigt worden, nicht einmal die hohen Beamten des Finanzministeriums waren eingeweiht worden. Nach dem Sturze Brüning's kündigte zwar die Regierung Papen die Einleitung einer Untersuchung an. Aber zu dieser ist es nie gekommen. Die Öffentlichkeit erfuhr nur, daß der Kaufpreis der Aktien etwa 90 Prozent betrug, während gleichzeitig der Börsenkurs unter 30 Prozent lag. Herr Flick, der auf überaus großen Verpflichtungen festsaß, war wieder flüchtig und konnte seine Position in Oberschlesien und in der mitteldeutschen Stahlindustrie ausbauen. Wenig kümmerte ihn der Zorn seiner Kollegen, der Kohlen- und Eisenmagnaten Rheinland-Westfalens, die ihn sozusagen des Verrats an den heiligsten Interessen des Kapitalismus, der Mitschuld an der Sozialisierung, anklagten.

Der Zorn war begründet. Mit den Aktien Flicks, die durch einige Zukäufe ergänzt wurden,

hatte das Reich rund die Hälfte des Aktienkapitals von Gelsenkirchen, das 250 Millionen beträgt, erworben. In Gelsenkirchen lag aber die Mehrheit der Vereinigten Stahlwerke, des größten deutschen Montantrasts, der 1926 durch Zusammenfassung des Montanbesitzes von Thyssen, Otto Wolff, Haniel und Rhein Stahl gegründet worden war. Das Reich hatte so die Verfügungsmacht über den wichtigsten Teil der Eisen- und Stahlindustrie erlangt. Da es seit der Bankenkrise von 1931 über die Großbanken, d. h. also über die Kreditgeber der überschuldeten Montanindustrie, verfügt, und bald nach dem Erwerb von Gelsenkirchen maßgebenden Einfluß in den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken nahm und damit auch in der Kohlenwirtschaft seine Stellung ausschlaggebend wurde,

war das Reich faktisch Herr über die Schwereindustrie geworden.

Zu ihrer völligen Sozialisierung fehlte nur ein — der politische — Schritt. Wirtschaftlich war das entscheidende bereits getan.

Thyssen und die andern, die Schwereindustriellen tobten. Die Krise hatte nicht wie sonst nur die Profite geschmälert, die freien Aktionäre depossidiert — die Stahlvereinsaktien, die bei der Gründung zu 125 Prozent angegeben waren, standen zeitweise auf 10 bis 12 Prozent — die Krise bedrohte die bisherigen Beherrscher der deutschen Wirtschaft und des deutschen Staates mit völliger Depossidierung, mit völligem Machtverlust, mit der Deklassierung.

Stürmisch forderte Thyssen schon damals die „Reprivatisierung“.

Das Reich sollte die Aktien an ihn und seine Stahlvereinskollegen abgeben — gegen Kredit selbstverständlich — denn Geld hatten die Uberschuldeten, von der Krise Bedrohten natürlich nicht. Aber wozu verfügte das Reich über die Banken; die konnten doch die Kredite gewähren! Ein netter Plan, dieses Ansinnen an das Reich, sich selbst zu enteignen, würdig der deutschen Schwereindustriellen! Hatte ihnen denn nicht schon einmal eine bürgerliche Regierung in der deutschen Republik 700 Millionen Mark als Ruhrentschädigung geschenkt und sie damit vor dem ersten Bankrott gerettet, den ihre stupide „nationale“ Politik mit der Rheinlandbesetzung heraufgeführt hatte? Warum sollte sich das nicht wiederholen? Da aber Brüning und Dietrich denn doch nicht auf ein solches Ansinnen eingingen, so gesehten sich die Gewohnheitserpresser zu ihren Feinden.

Brüning wurde gestürzt, Papen ver-

kündete das Evangelium der kapitalistischen Privatinitiative

und des Rückzugs des Staates aus der Wirtschaft, aber Schleicher leistete noch Widerstand. Als Wehrminister wollte er die Verfügungsmacht über die Eisen- und Stahlwirtschaft, über die Rüstungsindustrie nicht aus den Händen geben.

Thyssen erkannte: es sind nicht einzelne Personen und nicht einzelne Regierungen, es ist das „System“, das beseitigt werden muß.

Thyssen ging zu Hitler.

Es war der gescheiteste Streich dieses an sich ganz unbedeutenden, ja einfältigen Mannes. Es war die erfolgreichste Spekulation in seinem Leben. Was keine bürgerliche, noch so reaktionäre Regierung gewagt hatte, das leistet jetzt der Nationalsozialist Hitler seinem Wegbereiter, Freunde und Berater: die Expropriation des Reichs zugunsten der eisensessenden Expropriateure, der Thyssen, Otto Wolff, Haniel und Konsorten!

Am 27. Oktober haben in Berlin die Aufsichtsräte der Vereinigten Stahlwerke und ihrer Gründungsgesellschaften, Gelsenkirchen, Phönix und von der Zypen, getagt und den

„Umbau des Stahlvereines“

beschlossen. Ach, es handelt sich um eine ganz einfache Umorganisation. Die vier Gesellschaften werden fusioniert. Aufnehmende Gesellschaft wird Gelsenkirchen. Gelsenkirchen erhöht sein Kapital von 250 Millionen Stammaktien (und 13 Mill. Vorzugsaktien, die in Stammaktien verwandelt werden) auf 560 Millionen und nimmt den Namen „Vereinigte Stahlwerke“ an. Die Aktien der anderen Gesellschaften werden in einem bestimmten, für Phönix, der Domäne Otto Wolffs, übrigens auffallend günstigen Verhältnis, in die neuen Aktien umgetauscht und verschwinden damit für die Zukunft. Während der Stahlverein zuletzt ein Kapital von 775 Millionen Mark hatte, verfügt die neue Gesellschaft über ein solches von 560 Millionen. Ein Teil der Ueberkapitalisation, die seit der Gründung des Stahlvereines bestand, wird korrigiert. Der bei der Transaktion entstehende Buchgewinn von etwa 250 Mill. wird zu Abschreibungen verwandt, die allerdings voraussichtlich noch immer nicht genügen. Hierzu kommen freilich bedeutende, in ihrer Höhe noch nicht bekannte Gewinne aus den sehr hohen Dar-

Marxist — sofort entlassen!

Auch Schwerkriegsbeschädigte!

Nr. 10 des Organs des Deutschen Arbeiterverbandes der öffentlichen Betriebe „Arbeit und Staat“ vom 7. Oktober 1933 berichtet:

Das Berliner Arbeitsgericht hat kürzlich in einer Entscheidung eindeutig ausgesprochen, daß das Schicksal der deutschen Wirtschaft von dem Bestande der nationalsozialistischen Regierung abhängig sei.

Das Arbeitsgericht mußte sich mit der Klage eines Schwerbeschädigten beschäftigen, der innerhalb des Betriebes antinationale, politische Agitation betrieben hatte. Obwohl Schwerbeschädigte unter besonderem Kündigungsschutz stehen, war er von der Werkführung deswegen entlassen worden.

Das Berliner Arbeitsgericht hat aber das Interesse des ungestörten Ablaufes des Wirtschaftslebens in diesem Fall über den Kündigungsschutz gestellt. In seiner Entscheidung sagt das Gericht,

es sei dem Arbeitgeber nicht zuzumuten, das Arbeitsverhältnis mit einem solchen Schwerbeschädigten fortzusetzen.

Das Schicksal der Arbeitgeber in ihrer freien wirtschaftlichen Entfaltung sei auf Gedeih und Verderb mit der Aufrechterhaltung und dem Fortbestand der nationalen Regierung verbunden. Daher treffe jede politische Bewegung, die auf Beseitigung der nationalen Regierung gerichtet sei, mittelbar auch den Arbeitgeber.

Insbesondere könne es einem Arbeitgeber, dessen Auftragsbestand auf die Zuweisung von Aufträgen durch Behörden angewiesen ist, nicht zugemutet werden, Arbeitnehmer weiter durch Gewährung von Arbeit und Lohn im Betriebe zu halten, deren Ziel und Bestreben

lebensschulden, die die Dollarentwertung um mehr als ein Drittel verringert hat.

In dem neuen Stahlverein wird die Thyssengruppe etwa 15 Proz., die Vereinigten Stahlwerke 11 Proz., Otto Wolff 9, Haniel und die früheren holländischen Phönixaktionäre etwa 6 Prozent des Aktienkapitals besitzen. Auf die freien Aktionäre, die aber wegen ihrer Unorganisiertheit ohne Einfluß sind, werden etwa 35 Prozent entfallen.

Die gleichgeschaltete Presse preist das Werk des Thyssen als eine wesentliche Vereinfachung, die die Verschlechterung, die bisher zwischen den vier Gesellschaften bestand, nunmehr beseitigt und durch Herabsetzung des Aktienkapitals sowie durch die Abschreibungen die Bilanz einigermaßen bereinigt. Nur über eines muß sie schweigen, und über die Hauptsache: die Stellung des Reichs. Das aber ist der eigentliche Sinn der sogenannten Umorganisation:

Das Reich verliert mit einem Schlag seine Herrschaftsstellung.

Aus dem entscheidenden Mehrheitsaktionär, der durch seine Verfügung über Gelsenkirchen, direkt der Herr über den größten Montantrust und indirekt über die deutsche Montanindustrie war, wird ein Minderheitsaktionär, der kaum mehr über ein Viertel des Aktienkapitals der neuen Gesellschaft verfügt! Das Geld des Reichs, das Herr Dietrich aufgewendet hat, wird jetzt von den Herren des Stahlvereines annektiert, restlos in ihre Verfügungsgewalt überführt, bildet einen wesentlichen Beitrag zu ihrer Sanierung. Es ist

einer der größten und erfolgreichsten Raubzüge in der Geschichte des modernen Kapitalismus.

Thyssen und die Schwereindustriellen haben ihr Ziel restlos erreicht. Die politische Unterstützung Hitlers hat tausendfältige Frucht getragen. Die drohende Sozialisierung ist beseitigt, die Reprivatisierung ist gelungen — es hat keinen Pfennig gekostet, nur dem deutschen Volke die Freiheit und Tausenden von Arbeitern das Leben...

Die Kapitalisten verfügen wieder uneingeschränkt über die Wirtschaft, über die toten wie über die lebenden Instrumente. Sie sind wieder Herr im eigenen Haus.

Das ist Nationalsozialismus!

Dr. Richard Kern.

auf Beseitigung der Regierungsgewalt gerichtet ist.

Der gleiche Grundsatz ist für die gesamten öffentlichen Betriebe anwendbar.

Zu diesem Bericht ist kaum noch etwas zu bemerken. Er spricht für sich selbst. Dem Verfasser ist zugute zu halten, daß ein Rest von Scham ihn verhindert hat, das entscheidende Wort richtig auszusprechen. Die Leute, denen man jetzt den Kündigungsschutz genommen hat, die auf Knall und Fall hinausgeworfen werden, wenn sie im Verdacht stehen, sich über die heutigen deutschen Zustände ihre eigenen Gedanken zu machen, sind nicht „Schwerbeschädigte“, sondern Schwerkriegsbeschädigte!

So stehlen sie!

Der Nachtragsetat der preußischen Regierung enthält eine neue Einnahme von 3½ Millionen Mark. Dieser Betrag stammt aus dem beschlagnahmten

Vermögen der „staatsfeindlichen“ Organisationen. Der preußische Staat verwendet dieses Geld, um den Fehlbetrag zu decken, der durch die Anstellung von braunen Bonzen entstanden ist. Dieses Verhalten ist schamlos. Das Geld ist pfennigweise von den Arbeitern zusammengetragen worden. Es sollte zum größten Teil für soziale und gemeinnützige Zwecke dienen. In dieser Summe befinden sich die Gelder z. B. der Arbeiterwohlfahrt, mit denen der Hunger unterernährter Arbeiterkinder gestillt, Tuberkulose vor Siechtum und Tod bewahrt werden sollten.

Man stiehlt aber nicht nur für den Staat, sondern auch für die eigene Tasche. Täglich wird im „Reichsanzeiger“ berichtet, was man beschlagnahmt und enteignet. Diese Beträge sind um ein Vielfaches höher als die jetzt angegebenen 3½ Millionen. Da bleibt keine andere Annahme übrig, als daß die wirklich entscheidenden Herren, die Nazigauleiter und die Reichsstatthalter alles in ihre Taschen gesteckt haben, dessen sie habhaft werden konnten. Wer das Recht zum Morden hat, der hat sicherlich auch das Recht zum Stehlen.

Ein lustig Spiel

Das Dritte Reich in Gefahr — Wer sich irrt, wird erschossen.

Aus Essen wird uns geschrieben: In unserer Stadt ist Furchtbares geschehen. Der Polizeipräsident hat Kopf gestanden, das Dritte Reich war von Essen aus gefährdet, drei Leute sind ins Konzentrationslager geschafft, eine große gleichgeschaltete Zeitung ist für vier Tage verboten worden — und die ganze Stadt hat gelacht. So begann es:

Am 17. Oktober hielten die Leser der „Essener Allgemeinen Zeitung“ ihr Blatt in der Hand, starrten erstaunt auf ein Bild, rieben sich die Augen, starrten wieder und reichten dann die Zeitung schmunzelnd und heimlich weiter. Die Stimmung, sonst trüb und gedrückt, stieg um einige Grade. Der Anlaß des allgemeinen Vergnügens: ein Bild pflastertretender SA-Leute, fahrentragend, im Volksbewußtsein der Landsknechtswürde die Köpfe reckend — darüber die Überschrift: „Fröhliche Stunden bei fahrendem Volk — Das Schulfest des Helmholtz-Realgymnasiums“, darunter der Text: „Eine Szene aus dem lustigen Komödienspiel“.

Am nächsten Tage erschien die Zeitung nicht, und es sprach sich rasch herum, daß der Verlagsdirektor, ein Redakteur und der schuldige Metteur ins Konzentrationslager geschafft worden waren. Ein Blatt mit dem Kopf der „Essener Allgemeinen“ verkündete:

Verbot

Der Herr Regierungspräsident in Düsseldorf hat die Essener Allgemeine Zeitung bis 21. Oktober einschließlich verboten wegen eines in der Ausgabe vom 17. Oktober veröffentlichten Bilderichts.

Dazu wimmerte die Redaktion:

„In der letzten Nummer unserer Zeitung ist in dem Bericht „Fröhliche Stunden bei fahrendem Volk“ durch ein technisches Versehen ein Bild veröffentlicht worden, das nicht zu diesem, sondern zu einem anderen, noch nicht erschienenen Artikel gehört. Durch eine verhängnisvolle Verkettung von unglückseligen Umständen... Wegen der dadurch herbeigeführten verheerenden Wirkung der Bildwiedergabe auf den Leser, hat der Herr Regierungspräsident auf Antrag des Herrn Polizeipräsidenten... Verlag und Schriftleitung erkennen an, daß die Staatspolizeibehörden den bedauerlichen Vorfall nur mit dem Zeitungsverbot beantworten konnten...“

„Beantworten konnten“ — Jawohl! Denn ein verbotenes Bild gefährdet natürlich den Bestand des ganzen Dritten Reiches. Macht und Popularität der braunen Herren sind so gefestigt, daß ein Gelächter sie über den Haufen pusten könnte, wenn das Volk nicht in Furcht und Schrecken versetzt, wenn ihm nicht das Lachen abgewöhnt würde.

LIBRAIRIE STOCK

155 rue St. Honoré - Paris 1er - Tél.: Central 38-70
(Métro: Palais-Royal)

Alle deutschen, französischen und engl. Bücher Lieferung nach allen Ländern

„NEUER VORWÄRTS“ hier zu haben

Sofortige Auskünfte über bibliographische Fragen

Abonnements-Bestellungen in Frankreich für den „Neuen

Vorwärts“ werden von Boris Skomorovský - 141 rue Broca -

Paris (13e) entgegengenommen. Ch. postaux (Postscheck-

konto): Paris 1260-98, Abonnementspreis: Halbjahr Frs. 35,

Vierteljahr Frs. 18.

Rebellion der Geistlichen

Karl Barth und die 2000 Pastoren, die sich nicht gleichschalten lassen!

Vieles erleben wir in dieser Zeit, was mit unseren altüberkommenen Vorstellungen und Erfahrungen nicht in Einklang zu bringen ist. Dazu gehören auch die Wirkungen, die der Sieg der Hakenkreuzler in den christlichen Kirchen hervorgerufen hat. Man hatte von der katholischen Kirche erwartet, daß sie eine gewisse Widerstandskraft entfalten werde — das Gegenteil ist eingetreten. Die katholische Kirche hat kampfflos ihre politische Vertretung aufgegeben und sich dem totalen Staat unterworfen. Umgekehrt galt die protestantische Kirche uns als sicherste Hochburg jeder politischen Reaktion. Gerade aber in ihr hat sich ein Widerstand geltend gemacht, der die ganze theologisch interessierte Welt innerhalb und außerhalb Deutschlands in Bewegung hält.

Die Kräfte des Widerstandes gruppieren sich einerseits um den Bonner Theologieprofessor Karl Barth und seine Schrift „Theologische Existenz heute!“ (Chr. Kaiser-Verlag, München), die in wenigen Wochen acht Auflagen erlebt hat, andererseits um Dr. von Bodelschwingh, der in der kirchenpolitischen Opposition gegen die Deutschen Christen die Führung hat. Schon haben nicht weniger als 2000 Pastoren eine Erklärung unterzeichnet, in der sie Dr. von Bodelschwingh als Hüter des echten Glaubensbekenntnisses feierlich anerkennen, sich selber auf dieses verpflichten, den Arierparagraphen für unvereinbar mit ihm erklären und ihre Verbundenheit betonen mit allen, die wegen dieses Glaubensbekenntnisses verfolgt werden.

Noch weiter als diese Erklärung geht ein Appell, den 22 namentlich unterzeichnete Führer im Namen der 2000 an die Nationalsynode in Wittenberg gerichtet haben. Darin werden die Kirchenbehörden beschuldigt, sich einem gewalttätigen Druck gebeugt zu haben und dadurch mit den Lehren der Heiligen Schrift und der Kirche in Konflikt geraten zu sein. Das gelte besonders auch für den Arierparagraphen. Geistliche seien verfolgt worden, weil sie aus Gewissensgründen nicht imstande seien, der im Augenblick die Kirche beherrschenden Gruppe Gefolgschaft zu leisten. Von der Nationalsynode in Wittenberg wird gefordert, daß sie die Freiheit der Predigt proklamieren solle. Ohne Rücksicht auf bevorstehende Beschlüsse, wird die Fortsetzung der bisherigen zu den Deutschen Christen oppositionellen Haltung angekündigt.

Geistiges Haupt der Bewegung ist, wie gesagt, Karl Barth. Der berühmte Bonner Theologe zieht mit kantischer Prägnanz den Grenzstrich, der den geistigen Inhalt der Kirche von jeder Art von Politik, selbst auch von der Kirchenpolitik scheidet. Er nimmt die politische Führerschaft Hitlers ohne Widerspruch, freilich auch ohne jede Spur von Zustimmung als vollzogene Tatsache hin, um desto schärfer gegen jedes Uebergreifen des neuen Geistes auf die Kirche Protest zu erheben. Im Gegensatz auch zu der „Jung-Reformistischen Bewegung“, die trotz aller Bedenken und Vorbehalte einen „Burgfrieden“ in der Kirche anstrebt, lehnt Barth jedes Kompromiß ab. Er kennt auf seinem Boden, d. h. dem der Lehre, den Deutschen Christen gegenüber nur den Kampf:

„Was ich dazu zu sagen habe, ist einfach: Ich sage

unbedingt und vorbehaltlos Nein zum Geist und zum Buchstaben dieser Lehre. Ich halte dafür, daß diese Lehre in der evangelischen Kirche kein Heimatrecht hat. Ich halte dafür, daß das Ende der evangelischen Kirche gekommen wäre, wenn diese Lehre, wie es der Wille der „Deutschen Christen“ ist, in ihr zur Alleinherrschaft kommen würde. Ich halte dafür, daß die evangelische Kirche lieber zu einem kleinsten Häuflein werden und

In die Katakomben gehen sollte, als daß sie mit dieser Lehre auch nur von ferne Frieden schliesse. Ich halte diejenigen, die sich dieser Lehre angeschlossen haben, entweder für Verführer oder für Verfälschter und kann die Kirche in dieser „Glaubensbewegung“ nur so wiedererkennen, wie ich sie auch im römischen Papsttum wiedererkennen muß. Ich kann auch meine verschiedenen theologischen Freunde, die sich kraft

irgend einer Hypnose oder mittels irgend eines Sophismus in die Lage versetzt fanden, diese Lehre zu bejahen, nur bitten, von mir aus zur Kenntnis zu nehmen, daß ich mich sofern ihnen nicht in glücklicher Inkonsistenz neben dieser Irrlehre auch noch eine anderweltige christliche, kirchliche und theologische Substanz erhalten geblieben sein sollte, schlechterdings und endgültig von ihnen geschieden weiß.“

Höchst interessant — weil sich Vergleiche mit ähnlichen Vorgängen auf anderen Gebieten aufdrängen — ist die Art, wie sich Barth mit den Gleichgeschalteten auseinandersetzt. „Was hat sich zgetragen? fragt er, um zu antworten: „Auf der einen Seite das Ereignis einer geradezu verblüffenden Widerstandslosigkeit, in der Pfarrer und Gemeindeglieder und Kirchenführer, Theologenprofessoren und Theologiestudenten, Gebildete und Ungebildete, Alte und Junge, Liberale, Positive, Pietisten, Lutheraner und Reformierte in Scharen dem Ansturm dieser Bewegung erliegen sind, wie man eben

einer echten, rechten Psychose

erliegt. Erlegen die einen im aufrichtigen Glauben, nun endlich geradezu messianische Botschaft vernommen zu haben, die anderen mit irgend einer sehr tiefen philosophischen Begründung, wie man sie gerade dann am sichersten zu finden pflegt, wenn man sich wieder einmal aufs gründlichste von der „Wirklichkeit“ hat überrennen lassen, die Dritten in der simplen Ueberzeugung, was auf politischem Gebiet recht, werde gewiß auch auf kirchlichem billig sein, die Vierten in der längstlichen Klugheit, die nur ja nicht „ausgeschaltet“ sein, ihre wertvolle Kraft nicht müßig gehen lassen wollte, da nun einmal alles in dieser Richtung lief, die Fünften mit weisem Vorbehalt nur das „Gute“ an der Bewegung bejahend, die Sechsten in der etwas hinterhältigen Absicht, beizutreten, um alsbald die „nötige Opposition“ zu machen, die „Einseitigkeiten“ der Bewegung „von innen heraus zu überwinden“ — aber alle miteinander erliegen einer Sache, die den Stempel der Verkehrtheit so deutlich auf der Stirn trägt, daß in einer gesunden Kirche schon ein Konfirmand hätte merken müssen, daß er da weder mit dem lutherischen noch mit dem Heidelberger Kate-

chismus in der Hand nur eine Stunde dabei sein und unter irgend einem Vorwand mittun könne.“

Nein, von Kompromissen, auch mit Klauseln und Vorbehalten kann bei Karl Barth keine Rede sein. Ihm geht es nicht darum, ob der Wehrkreispfarrer Müller oder ob Bodelschwingh Reichsbischof ist, sondern um mehr:

„Ich brauche nicht zu wiederholen, was ich gegen die „Deutschen Christen“ gesagt habe. Ich kann aber an dieser Stelle hinzufügen, daß ich damit rechne (und nach den neuesten Ereignissen noch mehr als vorher): die Einheit mit einer auf irgend einem Weg doch noch Müller und den „Deutschen Christen“ ausgelieferten deutschen evangelischen Kirche wird vielleicht nicht aufrecht zu erhalten sein.

Den zu erwartenden evangeliumswidrigen Dogmen, Verkündigungen und Maßnahmen des deutsch-christlichen Reichsbischofs und seiner Domherren wird Renitenz geleistet werden müssen. Es werden ihnen gegenüber im Notfall auch die letzten Konsequenzen gezogen werden müssen.“

Mit Erstaunen hört man von jenseits der Grenze Worte wie „Renitenz“, „Widerstand“, „letzte Konsequenzen“ herüberschallen. Sicher bedeutet das nicht, daß Barth und seine Pastoren zu Revolver u. Dreschflügel greifen wollen, wohl aber will es besagen, daß sie sich auf einen ideologischen Widerstand verstoßen, der nach ihrem Willen auch nicht durch Aushungerung oder Gefangensetzung zu brechen sein soll. Bleiben sie fest, dann verdienen sie den Respekt und die Sympathie aller, denen Mut der Ueberzeugung auf allen Gebieten als Charaktervorzug gilt. Die Herren des Dritten Reichs aber werden dann vor die Alternative gestellt sein, entweder vor einer geistigen Bewegung zurückzuweichen, oder aber ein neues Martyrium schaffen zu müssen, daß vor aller Welt gegen sie zeugen wird. Karl Barth bleibt aber auf alle Fälle das Verdienst, daß er das Hakenkreuzchristentum als einen barbarischen Schwindel entlarvt hat, der weder deutsch noch christlich ist.

Gelbe Germanen

Mongolische Arier

Die Wissenschaft im Dritten Reich schreitet von Entdeckung zu Entdeckung. Sie hat nicht nur herausgefunden, daß Mischvölker an der Donau zur nordischen Edelrasse zählen, sondern es gibt noch ganz andere Dinge, von denen die Anthropologen sich bisher nichts träumen ließen. Der japanische Botschafter in Berlin hat energisch in Neuraths Amt hineingeleuchtet, weil in Deutschland lebende Japaner und ihre Kinder mehrfach vom braunen Mob angepöbelt und mißhandelt wurden. Darauf hat Hitlers Außenminister jetzt die Versicherung abgegeben,

„daß sich die deutsche Regierung entschlossen habe, auf Grund neuer rassetheoretischer Untersuchungen der japanischen Rasse grundsätzlich die Gleichwertigkeit mit der nordisch-germanischen Rasse zuzusprechen. Deutsch-japanische Mischehen sind gestattet.

Der nationalsozialistische Rassebonze Dr. Johann v. Leers hat schon einen entsprechenden Vortrag gehalten, in dem er den staunenden Zuhörern erklärte, daß bei den Japanern „arische Blutbeimischung“ festzustellen sei. Dagegen sind sich Leers wie das deutsche Außenministerium darüber einig, daß andere asiatische Völker, vor allem die Chinesen, weiter als minderwertige Rasse zu gelten haben.

Wenn es strittig sein mag, welche europäischen Nationen den indogermanischen Völkergruppen zuzurechnen sind, so ist sich die ernste Wissenschaft darüber einig, daß die Mongolen einen ausgesprochenen nicht-ariischen Typus darstellen. Und wenn jetzt der braune Rassenfatze Leers bei den gelben Japanern plötzlich arische Blutbeimischung entdeckt, so hängt das wohl mit der völligen außenpolitischen Isolierung Deutschlands zusammen. Man sieht sich verzweifelt nach Bundesgenossen um, und sucht Hilfe bei denen, die von deutscher Nationalität mit Vorliebe „gelbe Affen“ geschimpft wurden. Da China gegenwärtig noch schwach und außer-

dem im Völkerbund vertreten ist, gehören seine Landeskinde zu den Minderwertigen. So verschächern die braunen Demagogen ihre Auffassung, wie es ihr jeweiliges Bedürfnis gerade verlangt. Tatsachen, Grundsätze, Treue oder Ehre sind ihnen dabei ebensowenig im Wege wie irgendwelcher Sinn für Lächerlichkeit.

Aber warum bei den gelben Kindern Nippons Halt machen? Wenn sogar Göbbels und Hitler sich als Vertreter nordischer Edelrasse aufspielen dürfen, warum dann nicht die Eskimos oder die Indianer im Gran-Chaco?

Geflüstertes Interview

Ein Agrarier schüttet sein Herz aus.

Ein französischer Korrespondent hatte jüngst Gelegenheit, einen ostpreussischen Gutsbesitzer zu interviewen, und er entdeckte, daß selbst in den junkerlichen Kreisen bereits Gegner des Hitler-Systems sich zu melden beginnen. Allerdings — sie melden sich sehr leise, denn es ist nicht ratsam, den Mund weit aufzutun, es sei denn beim „Heil-Hitler“-Rufen. Dem Interview, das im „Petit Parisien“ veröffentlicht

Wegen der Aufnahme von Inseraten und der Annahme von Abonnements in Belgien wende man sich schriftlich an den

„Neuen Vorwärts“

BRUXELLES XL

38, Rue d'Edimbourg

Deutsche Bücher werden schnellstens zu Originalpreisen geliefert!

wurde, entnehmen wir einige interessante Abschnitte:

„Ich habe meine Söhne in die Fremde geschickt“, sagte er: „sie werden sich helfen, so gut sie können; aber ich konnte den Anblick der beiden großen, unternehmungslustigen und aller Hoffnung beraubten Burschen beinahe nicht mehr ertragen... Die Regierung hat mir ein Halbdutzend Hitlerianer geschickt, die ich während des ganzen Winters beherbergen und ernähren muß. Ich höre wohl, daß diese feiernden Arbeiter mir zur Verfügung stehen, aber, ich weiß nicht, was ich ihnen zu tun geben soll: sie werden Alleen haken, werden Blätterhaufen anbrennen; das dürfte der Arbeitslosigkeit nur in sehr geringem Ausmaß steuern. Alle meine Nachbarn und die meisten deutschen Grundbesitzer sind so mit Pensionären versorgt worden. Aber, wie meinen Sie, sollen wir diese starken Kerle unterhalten, von denen einige auch noch zu tauchen verlangen? ...“

„Zahlreiche Kapitalisten, angefangen bei Hugenberg, leisten Widerstand gegen die Partei, wir Gutsbesitzer nehmen dieselbe Haltung an. Was die Finanzgruppen anbelangt, auf die Sie anspielten (die Zufriedenen, D. Uebers.), so dürfen Sie nicht vergessen, daß die teilweise aus Lieferanten von Kriegsmaterial bestehen, deren Fabriken heute mit vollem Ertrag arbeiten... Hitler und seine Ratgeber sind entschlossen, gleichzeitig gegen die Großindustrie und gegen die Gewerkschaften zu kämpfen. Meiner Meinung nach hat Hitler ein Programm, dessen Verwirklichung ohne Zweifel durch alle möglichen schwierigen und notwendigen Ueberlegungen verzögert wird, aber das uns im Endeffekt alle ruinieren und in die Revolution treiben wird. Wir sind weder Italien noch Rußland, wir sind Deutschland, und die Hitlerpartei repräsentiert bei uns nur eine Minorität ohne wirklichen Wert, ohne Kultur und ohne Seele.“

Also rechtsstehende, stramm nationale Leute kommen sachte dahinter, daß der eingeschlagene Weg „Deutscher Erneuerung“ nicht etwa von der „bolschewistischen Gefahr“ weg, sondern in eine Revolution hineinführt, wie sie Deutschland, wie sie die Welt noch nicht erlebt hat.

Theaterkatastrophe

Der „Berliner Herold“ verzeichnet in einer einzigen Nummer (42) folgende Tatsachen aus dem braunen Kunstleben:

Der Dichter Forster, dessen schönes Stück „Robinson soll nicht sterben“ leider im Komödienhaus abgesetzt werden mußte..

Inzwischen hat sich das „Theater am Nollendorferplatz“ genötigt gesehen, die Aufführungen von Ruederers „Fahnenweihe“ abzubrechen...

Der Deutsche Bühnenverein wird nun endgültig in den ersten Novembertagen in Berlin zusammentreten, und das Hauptthema seiner Beratungen wird der katastrophal schlechte Theaterbesuch sein, der in allen Städten Deutschlands und besonders in Berlin unerhört negative Dimensionen angenommen hat.

Man denke: Theater am Nollendorferplatz und Komödienhaus nach kurzer Spielzeit, gerade als die Saison richtig beginnen sollte, wieder geschlossen. Das „Deutsche Theater“, die Kammerspiele, das Große Schauspielhaus, der Admiralpalast, das „Berliner Theater“ sind in dieser Spielzeit noch gar nicht eröffnet, das „Theater am Schiffbauerdamm“ ist ganz außer Kurs, manche in Betrieb befindliche Theater haben schwer zu kämpfen.

Aus anderen Städten kommen ähnliche Berichte. Zum Beispiel aus Dresden. Dort wissen die Staatstheater nicht, wie sie über den Winter kommen sollen, man denkt schon an eine Zusammenlegung von Schauspiel und Oper. Kein Wunder! Die einstigen Stammgäste, die Kunstschaffenden, pflegen auf den Besuch des Opernhauses, wenn es immer wieder geschieht, daß vor der Ouvertüre das Deutschland- oder das Horst-Wessel-Lied ertönt und alle Besucher zunächst einmal Männchen machen müssen, wenn sie nicht hinausfliegen wollen.

Die deutsche Theaterkultur hatte vor der „nationalen Erneuerung“ Weltruf.

Redakteur und Setzer im Konzentrationslager

Der in Eddingen in Württemberg erscheinende „Neue Albte“ ist verboten worden. Das Verbot erfolgte, weil dieses Blättchen eine fehlerhafte Fassung des amtlichen Textes zum Volkbegehren veröffentlicht und eine Berichtigung unterlassen hatte. Die Redaktionsräume wurden nach einer Durchsuchung von einer SS-Abteilung besetzt. Der verantwortliche Schriftleiter und der Setzer wurden ins Konzentrationslager am Heuberg überführt.